

2026-1
Policy Paper

AFFEKTIVE POLARISIERUNG VERRINGERN

**STRATEGIEN, BEFUNDE
UND GRENZEN**

OLIVIERO ANGELI

Zitiervorschlag:

Angeli, Oliviero 2026: Affektive Polarisierung verringern. Strategien, Befunde und Grenzen. MIDEM-Policy Paper 2026-1, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1	EINLEITUNG	4
2	KATEGORISIERUNG UND BEWERTUNG DER STRATEGIEN	4
3	DEPOLARISIERUNGSSTRATEGIEN	5
	3.1 PSYCHOLOGISCHE TECHNIKEN	5
	3.2 DIALOGORIENTIERTE FORMATE	8
	3.3 MEDIENINTERVENTIONEN	9
	3.4 INSTITUTIONELLE REFORMEN UND STRUKTURELLE ANSÄTZE	12
4	FAZIT	16
5	KONKRETE ANSATZPUNKTE FÜR DIE PRAXIS	16
6	NACHBEMERKUNG: DEPOLARISIERUNG ALS MITTEL, NICHT SELBSTZWECK	17
	LITERATURVERZEICHNIS	20
	AUTOR	26
	IMPRESSUM	27

ZUSAMMENFASSUNG

Affektive Polarisierung gilt als wachsende Gefahr für gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen. Die vorliegende Studie gibt einen Überblick über empirisch geprüfte Strategien zur Verringerung affektiver Polarisierung. Berücksichtigt werden psychologische Techniken, dialogorientierte Formate, mediale Maßnahmen und institutionelle Reformen.

Die Befunde zeigen, dass viele Interventionen kurzfristig Wirkung entfalten können, ihre Effekte jedoch ohne Wiederholung oder flankierende Strukturen nachlassen. Nachhaltiger erscheinen Reformen, die an den institutionellen Rahmenbedingungen demokratischer Politik ansetzen, da sie die Anreize für Kooperation und Konfliktgestaltung strukturell beeinflussen. Zugleich sind solche Reformen politisch meist schwer umzusetzen.

Insgesamt spricht die Evidenz für einen mehrdimensionalen Ansatz: Erst die Kombination unterschiedlicher Strategien kann langfristig dazu beitragen, eine zivilere politische Kultur zu stärken und affektive Polarisierung einzudämmen. Allerdings fehlt es bislang an praktischen Erfahrungen und systematischen Evaluationen, die zeigen, wie sich solche Strategien wirksam und dauerhaft in demokratische Prozesse integrieren lassen.

1. EINLEITUNG

Menschen blockieren sich auf Social Media wegen politischer Beiträge, sparen politische Themen in privaten Gesprächen aus oder filtern auf Dating-Plattformen nach Parteizugehörigkeit. Solche Phänomene stehen oftmals für das, was die sozialwissenschaftliche Forschung als affektive Polarisierung bezeichnet – nämlich, dass Menschen die eigene politische Gruppe aufwerten und Angehörige anderer Lager mit Misstrauen, Abwertung und sozialer Distanz begegnen. Im Unterschied zur ideologischen Polarisierung bezieht sich affektive Polarisierung nicht primär auf inhaltliche Differenzen zu politischen Fragen (Iyengar et al. 2012), sondern auf deren emotionale Aufladung: Andersdenkende werden mit negativen Gefühlen belegt. Politische Differenzen werden in emotionale Gegnerschaft übersetzt. Studien warnen inzwischen, dass diese Form der Polarisierung das Vertrauen in Institutionen schwächen, die Kompromissfähigkeit untergraben und antidemokratische Einstellungen fördern kann (Sunstein 2009; McCoy et al. 2018; McCoy/Somer 2019). Langzeitdaten legen zudem nahe, dass sich die affektive Kluft zwischen politischen Lagern über Jahrzehnte hinweg vertieft hat (Iyengar/Krupenkin 2018). Studien zeigen mit Blick auf die USA und Europa, dass politische Gegnerschaft bei Themen wie Migration und Klima häufig nicht nur sachlich, sondern auch emotional ausgetragen wird (Vorländer et al. 2025; Angeli 2018; Dametto et al. 2026).

Wie lässt sich affektive Polarisierung verringern? Und was wissen wir bislang über wirksame Strategien? Die vorliegende Studie bietet einen systematischen Überblick des bisherigen Forschungsstandes. Sie unterscheidet verschiedene Ansätze und zeigt auf, welche Strategien bislang als besonders vielversprechend gelten. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Vergleichbarkeit dieser Ansätze begrenzt ist, da sie auf unterschiedlichen methodischen Zugängen, Datensätzen und Zielgruppen beruhen. Ziel der Untersuchung ist es daher weniger, eindeutige Rangfolgen zu erstellen, als vielmehr die Vielfalt der Ansätze zu strukturieren und ihre Wirklogiken

transparent zu machen – als Grundlage für weitere Forschung und praxisorientierte Diskussionen.

Die Auswahl der Studien ist breit angelegt, aber geografisch begrenzt: Berücksichtigt werden nicht nur Arbeiten, die explizit den Abbau affektiver Polarisierung zum Ziel haben, sondern in manchen Fällen auch solche, die angrenzende Effekte wie Vertrauen in demokratische Institutionen oder Dialogbereitschaft untersuchen. Gleichzeitig fokussiert der Überblick auf Forschung aus den USA und Europa mit besonderem Blick auf Deutschland, wo das Forschungsfeld noch im Aufbau begriffen ist.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: Nach einleitenden Überlegungen zur Kategorisierung und Bewertung der Ansätze folgt eine systematische Darstellung der empirischen Befunde entlang von vier Strategiegruppen. Abschließend werden die Ergebnisse vergleichend zusammengefasst.

2. KATEGORISIERUNG UND BEWERTUNG DER STRATEGIEN

Die jüngere Forschung unterscheidet bei Depolarisierungsstrategien drei Ebenen. Hartman et al. (2022) schlagen dafür das *TRI-Framework* vor, das Mikro-, Meso- und Makro-Strategien voneinander trennt:

Thoughts (Mikro-Ebene): Hier geht es um kognitive Interventionen bei Einzelpersonen, etwa die Korrektur von Fehlinformationen oder psychologische Übungen zur Perspektivübernahme.

Relationships (Meso-Ebene): Diese Ebene umfasst interpersonelle Beziehungen und Gruppendynamiken. Dazu zählen moderierte Dialogformate, Eins-zu-Eins-Gespräche, Bürgerdialoge oder Bürgerräte, bei denen Teilnehmende aus unterschiedlichen Lagern miteinander ins Gespräch kommen.

Institutions (Makro-Ebene): Auf der strukturellen Ebene stehen Reformen und Regeln, die das politische und mediale Umfeld prägen, vom Wahlrecht über parlamentarische Verfahren bis hin zu Diskursregeln im öffentlichen Raum.

Das TRI-Framework bietet einen nützlichen ersten Ordnungsrahmen. Die Kategorien sind jedoch sehr allgemein gefasst und bündeln teils Ansätze, die methodisch weit auseinanderliegen. So fallen in die Kategorie *Relationships* sowohl Eins-zu-Eins-Gespräche als auch institutionalisierte Bürgerräte. Um die Vielfalt der Zugänge besser abzubilden, nimmt die vorliegende Übersicht eine alternative Unterteilung vor, die zugleich die unterschiedlichen disziplinären Zugänge widerspiegelt, aus denen die jeweiligen Ansätze hervorgegangen sind – von psychologischen über soziologische und kommunikationswissenschaftliche bis hin zu politikwissenschaftlichen Perspektiven:

- 1. Psychologische Techniken** (z. B. Perspektivübernahme, gezielte Konfrontation mit Feindbildern)
- 2. Dialogorientierte Formate** (z. B. moderierte Gespräche, Bürgerdialoge)
- 3. Mediale Maßnahmen** (z. B. journalistische Beiträge, Social Media-Kampagnen)
- 4. Institutionelle Reformvorschläge** (z. B. Wahlrechtssänderungen, partizipative Gremien)

Die vier genannten Zugänge greifen über die Logik des TRI-Frameworks hinaus: Während psychologische und dialogorientierte Maßnahmen gut auf der Mikro- bzw. Meso-Ebene verortet werden können, unterscheiden sich mediale Interventionen und institutionelle Reformen vor allem hinsichtlich ihrer Wirkmechanismen. Tabelle 1 zeigt die resultierende Vier-Ebenen-Typologie.

Diese Typologie soll helfen, die sehr unterschiedlichen Ansätze übersichtlicher zu ordnen. Sie ist jedoch flexibel zu verstehen: Viele Maßnahmen lassen sich mehreren Bereichen zuordnen. So können etwa mediale Kampagnen auch psychologische Wirkungen entfalten, und Dialogformate können zugleich institutionell eingebunden sein.

3. DEPOLARISIERUNGSSTRATEGIEN

3.1 PSYCHOLOGISCHE TECHNIKEN

Psychologische Depolarisierungsstrategien setzen dort an, wo affektive Polarisierung entsteht – in den Wahrnehmungen und Emotionen Einzelner. Sie adressieren kognitive Verzerrungen und soziale Identitäten, die dazu führen, dass wir die eigene Gruppe idealisieren und die Gegenseite abwerten. Zu den Methoden zählen die Korrektur von Fehleinschätzungen (*misperceptions*), Perspektivübernahme und aktives Zuhören (*perspective-taking und -getting*), das Betonen gemeinsamer Identitäten sowie das Hinterfragen eigener Überzeugungen. Solche Interventionen werden meist experimentell erprobt und zeigen kurzfristige, aber kaum nachhaltige Wirkungen auf affektive Polarisierung. Ihr größter Nutzen liegt daher bislang weniger in einer dauerhaften Reduktion von Polarisierung als im besseren Verständnis der individuellen Mechanismen, aus denen sie entsteht.

Ein zentrales Ergebnis der Forschung ist, dass Angehörige rivalisierender politischer Lager stark verzerrte Vorstellungen voneinander entwickeln. Diese sogenannten *Outgroup-Misperceptions* bzw. *Meta-Perceptions* beziehen sich auf die Vorstellung, die Gegenseite sei extremer, ablehnender oder feindseliger, als sie tatsächlich ist. Studien legen nahe, dass US-Demokratinnen und -Demokraten sowie Republikanerinnen und Republikaner die Radikalität und Abneigung der jeweils anderen Seite systematisch überschätzen (Moore-Berg et al. 2020). Solche Feindbildverzerrungen gehören zu den stärksten Treibern affektiver Polarisierung.

In der *Strengthening Democracy Challenge* – einer groß angelegten US-weiten Studie mit über 30.000 Teilnehmenden – zeigte sich, dass verschiedene Interventionen unterschiedliche demokratierelevante Effekte entfalten: Während einige Interventionen die Abneigung gegenüber politischen Gegnern verringerten, reduzierten insbesondere Korrekturen von Fehleinschätzungen über die An-

Tab. 1: Typologie der Depolarisierungsstrategien

Strategietyp	Primärer Fokus	Was wird adressiert?	Ebene
Psychologische Techniken	Individuelle Wahrnehmungen und Emotionen	Verzerrte Vorstellungen der Gegengruppe, Feindbilder, kognitive Biases	Mikro
Dialogformate	Soziale Beziehungen und Kontakte	Interaktion, Vertrauen, Wahrnehmung des Gegenübers	Meso
Medieninterventionen	Öffentliche Darstellungen und Narrative	Bilder, Framings, Wahrnehmung politischer Konflikte im Diskurs	Makro
Institutionelle Reformen	Regeln und Anreizstrukturen	Politischer Wettbewerb, Entscheidungsprozesse, Kommunikationsordnungen	Makro

Quelle: eigene Darstellung

sichten der Gegenseite antidemokratische Einstellungen (Voelkel et al. 2024). Frühere Arbeiten derselben Forschungsgruppe fanden allerdings heraus, dass geringere Feindseligkeit gegenüber politisch Andersdenkenden nicht zwangsläufig zu einem Rückgang antidemokratischer Einstellungen führt (Voelkel et al. 2023).

Neuere Studien erweitern diesen Ansatz um sogenannte *Ingroup-Misperceptions* – also verzerrte Annahmen darüber, was Gleichgesinnte tatsächlich denken oder erwarten. You und Lee (2024) stellen fest, dass viele Republikanerinnen und Republikaner überschätzen, in welchem Maß ihre Parteifreunde erwarten, dass sie Demokraten ablehnen. Wird diese falsche Normvorstellung korrigiert, sinkt die affektive Polarisierung zum Teil sogar stärker als bei der reinen Korrektur von Outgroup-Fehleinschätzungen.

Über die Korrektur kognitiver Verzerrungen hinaus setzen andere Ansätze auf emotionale Annäherung, insbesondere auf Perspektivübernahme und aktives Zuhören. Die Grundannahme lautet, dass Empathie und Einblick in die Motive der Gegenseite Vorurteile abbauen und gegenseitiges Verständnis fördern können. Die empirischen Befunde sind uneinheitlich, deuten aber insgesamt auf moderate positive Effekte hin. Bruneau und Saxe (2012) verweisen darauf, dass die Wirksamkeit solcher Dialogformate eng von Machtasymmetrien und Rollenverteilungen abhängt. Das sogenannte *perspective giving* (d.h. das strukturierte Mitteilen eigener Erfahrungen) verbessert insbesondere bei Angehörigen marginalisierter Gruppen das intergruppalen Verständnis, indem es Anerkennung, Selbstwirksamkeit und geringere Feindbildwahrnehmungen fördert. Für Mitglieder dominanter Gruppen zeigen hingegen Formate stärkere depolarisierende Effekte, die auf *perspective taking* setzen, also auf aktives Zuhören und das Nachvollziehen der Sichtweise der Gegenseite. Kurzum: Während marginalisierte Gruppen davon profitieren, gehört und ernst genommen zu werden, reduziert bei dominanten Gruppen vor allem das Zuhören blinde Flecken und moralische Abwertung.

Neuere Befunde mahnen zur Differenzierung. Gillissen et al. (2025) belegen in einer niederländischen Studie, dass zwei Formen von Empathie unterschiedliche – teils gegensätzliche – Wirkungen entfalten: *perspective-taking* und *empathic concern*. *Perspective-taking* bezeichnet eine kognitive Form der Empathie: die bewusste Anstrengung, die Sichtweise, Motive und Argumente der Gegenseite nachzuvollziehen, ohne sich diese emotional zu eigen zu machen. Diese Form reduziert affektive Polarisierung, da sie stereotype Zuschreibungen relativiert und moralische Abwertung abschwächt. *Empathic concern* hingegen meint affektive Anteilnahme, also Mitgefühl und emotionale Verbundenheit. Diese wirkt im politischen Kontext nicht

zwangsläufig depolarisierend. Tatsächlich zeigen Gillissen et al. (2025), dass Mitgefühl politische Gräben nicht immer überbrückt, sondern sie mitunter sogar vertiefen kann. Ein Grund dafür ist, dass Mitgefühl in politischen Konflikten oft stärker der eigenen Gruppe als der politischen Gegenseite gilt. Wer stark mit der eigenen Gruppe mitfühlt, empfindet Angriffe auf sie leichter als besonders verletzend und hält dadurch noch stärker Distanz zur politischen Gegenseite (vgl. auch Simas et al. 2020).

Vor diesem Hintergrund gewinnen Ansätze an Bedeutung, die auf aktives Zuhören statt auf affektive Anteilnahme setzen. Solche *perspective-getting*-Formate erweisen sich in der Praxis als besonders wirksam: Kalla und Broockman (2020) legen in drei Feldexperimenten nahe, dass narrative Gespräche, in denen Menschen ihre Geschichten austauschen und einander zuhören, Vorurteile und soziale Distanz nachhaltiger abbauen als Formate, die allein auf Argumentation oder Vorstellungskraft setzen.¹

An diese dialogischen Ansätze schließen narrative Interventionen an, die ohne direkte Interaktion auskommen. Ein besonders einprägsamer psychologischer Ansatz zur Verringerung affektiver Polarisierung ist das sogenannte *historicist thinking* – also das Einordnen politischer Überzeugungen in die biografische Entwicklung einer Person. Dabei lernen Teilnehmende, die Ansichten anderer nicht notwendigerweise als Ausdruck moralischer Fehlurteile zu deuten, sondern als Ergebnis individueller Lebensgeschichten, sozialer Prägungen und situativer Kontexte. Ziel ist es, Verständnis dafür zu fördern, dass Überzeugungen – auch die der politischen Gegenseite – nicht frei gewählt, sondern in spezifischen Erfahrungen verwurzelt sind.

In einer Reihe experimenteller Studien von Alam und Gill (2024) geht hervor, dass eine solche *historicist thinking*-Intervention affektive Polarisierung signifikant verringern kann. Die Teilnehmenden erhielten eine kurze narrative Beschreibung, in der geschildert wurde, wie eine Person aus dem jeweils gegnerischen politischen Lager – etwa eine junge Republikanerin oder Demokratin – ihre Haltung im Verlauf biografischer Erfahrungen entwickelt hatte. Der Text wurde von einem allgemeinen Hinweis begleitet, dass politische Überzeugungen häufig durch prägende Erlebnisse und soziale Umfelder entstehen. Anschließend bewerteten die Teilnehmenden ihre Gefühle gegenüber der anderen Partei auf einer (umkodierten²) Skala des *Feeling Thermometer* (0 = sehr warm, 100 = sehr kalt) – einem Standardinstrument zur Messung affektiver Distanzen.

Die Ergebnisse weisen moderate, aber konsistente Effekte auf. Bei Demokratinnen und Demokraten sank der durchschnittliche „Kältewert“ gegenüber Republikanerin-

1 Als Erklärung für die Wirksamkeit solcher Gesprächsformate verweisen neuere Arbeiten auf die Bedeutung von Selbstoffenbarung. Wahrgenommene Selbstoffenbarung erhöht die soziale Nähe und reduziert dadurch Animosität gegenüber der Gegenseite (Kubin et al. 2025).

2 Für die Auswertung bei Alam und Gill (2024: 6) wurde diese Skala umkodiert, sodass hohe Werte starke Kälte bzw. Animosität gegenüber der Gegenseite anzeigen. Die Skala des ursprünglichen Feeling Thermometer erfasst Werte von 0 für sehr kalt bis 100 für sehr warm.

nen und Republikanern um drei Punkte (von 82 auf 79), bei Republikanern und Republikanern gegenüber Demokratinnen und Demokraten um fünf Punkte (von 70 auf 65). Da höhere Werte auf dieser Skala größere emotionale Distanz anzeigen, deutet dieser Rückgang auf eine etwas wohlwollendere Wahrnehmung der Gegenseite hin (Alam/Gill 2024). Zudem nahm bei Demokratinnen und Demokraten vor allem das Mitgefühl gegenüber der Gegenseite zu. Bei Republikanern und Republikanern gingen dagegen vor allem negative Emotionen wie Missbilligung, Wut, Verachtung und Ekel zurück. Die zugrunde liegenden Mechanismen unterscheiden sich jedoch: Der in der Studie identifizierte Mechanismus zeigte sich ausschließlich bei Demokratinnen und Demokraten und äußerte sich darin, dass politische Haltungen stärker als biografisch geprägt wahrgenommen wurden.³ Zumindest ein Teil der Befunde lässt sich so deuten, dass *historicist thinking* politische Einstellungen stärker im biografischen Kontext verortet. Wer politische Einstellungen im biografischen Kontext versteht, sieht in der politischen Gegenseite weniger eine anonyme Masse, sondern Menschen, deren Ansichten aus nachvollziehbaren Lebensumständen hervorgegangen sind. Das rückt den Fokus von moralischer Bewertung auf situatives Verstehen – nach dem Motto: „Ich lehne diese Haltung zwar ab, kann aber nachvollziehen, wie jemand unter bestimmten Umständen zu ihr gelangt.“

Doch wie weit trägt dieses Konzept tatsächlich? Die gemessenen Effekte sind moderat, aber konsistent. Narrative Ansätze bieten damit einen plausiblen Hebel, um affektive Polarisierung kurzfristig zu mindern. Offen bleibt allerdings, inwieweit solche Einstellungsänderungen langfristig stabil sind oder sich in reale politische Interaktionen übertragen lassen. Zudem stellt sich die Frage nach der Skalierbarkeit: Wie lassen sich dialogische For-

mate, die auf persönliche Geschichten setzen, in größeren gesellschaftlichen Kontexten wirksam umsetzen?

Ein weiterer psychologischer Ansatz zielt darauf, übergeordnete Gemeinsamkeiten trotz politischer Differenzen hervorzuheben: Wenn politische Gegnerinnen und Gegner sich nicht primär als Angehörige rivalisierender Lager, sondern als Teil einer Gemeinschaft wahrnehmen, verschiebt sich die kognitive Grenzziehung zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe – ein Mechanismus, der nachweislich Spannungen verringern kann.

Dieses Prinzip der *Common Ingroup Identity* (Gaertner/Dovidio 2000) wurde in zahlreichen Experimenten erprobt, etwa durch Interventionen, die ein übergeordnetes Wir-Gefühl aktivieren und die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen politischen Gemeinschaft trotz politischer Differenzen betonen.⁴ In der groß angelegten *Strengthening Democracy Challenge* (Voelkel et al. 2024) gehörten Appelle an eine gemeinsame nationale Identität zu den wirksamsten Strategien, um parteiliche Animosität zu verringern. Ähnliche Ergebnisse berichtet Levendusky in einem Experiment (2018): Die Erinnerung an eine gemeinsame amerikanische Identität – etwa durch das Lesen eines Artikels über geteilte amerikanische Stärken – verbessert die Wahrnehmung der Gegenseite signifikant und reduziert affektive Polarisierung messbar.

Diese Beispiele weisen jedoch auch die Grenzen des Ansatzes auf. Die meisten Studien stammen aus dem US-amerikanischen Kontext, wo nationale Identität traditionell als übergeordnete und positiv konnotierte Kategorie wirkt. In europäischen Demokratien ist die Situation komplexer: Nationale Identitäten sind hier häufig plural, historisch ambivalent oder selbst Gegenstand

Tab. 2: Psychologische Depolarisierungsstrategien im Überblick

Ziel	Mittel	Beispielhafte Methoden	Kernwirkung
Verzerrte Wahrnehmungen korrigieren	Informationsintervention	Infografiken, Videos	geringere Feindseligkeit
Verständnis für die Gegenseite fördern	kognitive Empathie	Perspective getting	Abbau sozialer Distanz
Perspektiven erweitern	Biografische Kontextualisierung	Historicist thinking	wärmere Outgroup-Einschätzung
Gruppen-Grenzen reduzieren	Identitätsreframing	Common Ingroup Identity	reduzierte Abwertung der Gegenseite

Quelle: eigene Darstellung

³ Zusätzliche Evidenz liefert eine Studie von Gill, Alam und Nagelhout (2023), die das Konzept des *historicist thinking* auf digitale Kommunikationskontexte überträgt. In drei Online-Experimenten zeigte sich, dass biografische Narrative über den Lebensweg politischer Gegnerinnen und Gegner die Tendenz zu verbaler Vergeltung in Reaktionen auf feindselige Tweets deutlich verringern. Diese Abnahme feindseliger Sprache wurde wiederum dadurch vermittelt, dass Teilnehmende der gegnerischen Person weniger moralische Schuld für ihre Überzeugungen zuschrieben.

⁴ Ähnliche Prozesse lassen sich auch in Krisensituationen beobachten, in denen äußere Bedrohungen oder gemeinsame Herausforderungen kurzfristig ein Gefühl kollektiver Verbundenheit erzeugen können.

politischer Konflikte.⁵ Das mindert ihr Potenzial, als integrativer Bezugspunkt zu dienen. Offen bleibt daher, ob funktionale Äquivalente in fragmentierteren Gesellschaften ähnliche depolarisierende Wirkungen entfalten können, sofern sie auf breit akzeptierte Bezugspunkte zielen. Dazu zählen etwa historisch gewachsene und gemeinsam geteilte demokratische Werte.⁶

3.2 DIALOGORIENTIERTE FORMATE

Ein zentraler Forschungsstrang zur Verringerung affektiver Polarisierung knüpft an die klassische Kontakthypothese (Allport 1954) und weiterführende Arbeiten zum Intergruppenkontakt an (Pettigrew/Tropp 2006). Er untersucht, inwieweit Begegnungen zwischen Angehörigen verschiedener politischer Lager dazu beitragen können, negative Emotionen und Vorurteile abzubauen. Die Grundannahme lautet: Wo Menschen einander begegnen, kann Vertrauen und Verständnis entstehen.

Für Deutschland zeigt eine aktuelle Studie, dass insbesondere Anhängerinnen und Anhänger von Grünen und AfD – häufig als Gegenpole der kulturellen Spaltung beschrieben – jeweils über auffallend homogene soziale Netzwerke verfügen (Teichler et al. 2023: 32). Diese Art der sozialen Abschottung stabilisiert die eigenen Überzeugungen und kann zugleich Bedingungen schaffen, unter denen Misstrauen und Abwertung gegenüber der Gegenseite entstehen oder verstärkt werden können. Hinzu kommt ein dynamischer Verstärkungseffekt: In politisch homogenen Gruppen neigen Menschen dazu, sich wechselseitig in ihren Ansichten zu bestärken und abweichende Positionen unter Druck zu setzen, ein Effekt, der bereits in klassischen Gruppendynamikstudien beschrieben wurde (Schachter 1951). Dass homogene Diskussionskontexte Polarisierung fördern können, belegen auch neuere Studien: Diskussionen unter Gleichgesinnten führen häufig zu extremeren Positionen und größerem Konsens innerhalb der Gruppe (Schkade/Sunstein/Hastie 2010), und politisch homogene Online-Diskussionsgruppen erhöhen nachweislich auch affektive Polarisierung (Hobolt/Lawall/Tilley 2024).

Diese Befunde wachsender sozio-kultureller Homogenität erklären das zunehmende empirische Interesse an dialogorientierten Formaten, die politischen Austausch über Lagergrenzen hinweg fördern sollen. Diese gehen über bloße Begegnungen hinaus: Sie kombinieren persönliche Interaktion mit moderierter Diskussion und schaffen Räume, in denen politische Differenzen offen, aber respektvoll

angesprochen werden können. Im Kern geht es darum, Gesprächsbarrieren abzubauen und wechselseitiges Verständnis zu fördern – nicht notwendigerweise Einigkeit.

Mehrere Studien – etwa Levendusky und Stecula (2021) – verdeutlichen, dass strukturierte Gespräche zwischen Menschen rivalisierender politischer Lager affektive Polarisierung verringern können. In ihren Experimenten in den USA diskutierten beispielsweise Anhängerinnen und Anhänger der Demokratischen und der Republikanischen Partei miteinander. Diese Gespräche führten dazu, dass Teilnehmende die Gegenseite differenzierter wahrnahmen, weniger Feindseligkeit empfanden und eine größere Bereitschaft zum politischen Austausch zeigten. Im Vergleich zu Kontrollgruppen bewerteten sie die Gegenseite anschließend deutlich weniger negativ; ein Effekt, der sogar noch nach einer Woche messbar war. Der Haken: langfristig flachen solche Wirkungen meist ab.

Auch deliberative Großexperimente berichten vergleichbare kurzfristige Depolarisierungseffekte. Im Projekt *America in One Room* diskutierten über 500 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ein Wochenende lang in moderierten Gruppen über zentrale politische Themen. Unmittelbar nach der Deliberation zeigten sich signifikant geringere affektive Feindseligkeit gegenüber der politischen Gegenseite (Fishkin et al. 2021).

Eine weiterführende Anschlussstudie macht jedoch deutlich, dass die nachhaltigere Wirkung deliberativer Formate weniger in stabilen Einstellungsänderungen als in veränderten politischen Orientierungen und Verhaltensweisen liegt. Zwar verpuffen die unmittelbaren Effekte auf affektive Polarisierung über die Zeit weitgehend, zugleich bleiben Effekte auf Wahlbeteiligung und politisches Engagement auch ein Jahr nach der Deliberation messbar (Fishkin et al. 2024).

Dass diese Wirkmechanismen auch außerhalb kontrollierter Experimente und in groß angelegten Praxisformaten greifen können, zeigen Untersuchungen zur Dialogplattform *My Country Talks* (u.a. „Deutschland spricht“). Fang, Heuser und Stötzer (2025) analysierten die erste Runde der Plattform im Jahr 2018, bei der sich politisch Andersdenkende persönlich zum Gespräch trafen. Sie belegen, dass Begegnungen mit ideologisch entfernten Gesprächspartnerinnen und -partnern die affektive Polarisierung deutlich verringerten, ohne die ideologischen Positionen der Beteiligten kurzfristig zu verändern. Umgekehrt können Gespräche mit Gleichgesinnten politische Positionen sogar weiter festigen bzw. verstärken.

5 Aktuelle Forschung verweist allerdings darauf, dass übergeordnete Identitäten auch in Europa depolarisierend wirken können, sofern sie inklusiv verstanden werden. Eine neue experimentelle Studie aus Polen kommt zu dem Ergebnis, dass die Aktivierung einer „authentischen“ nationalen Identität (verstanden als sichere, nicht-defensive Identifikation ohne Abwertung anderer Gruppen) affektive Polarisierung signifikant, wenn auch moderat reduziert, während defensive, narzisstisch aufgeladene Formen nationaler Identifikation keine positiven Effekte zeigen (Rogoza et al. 2025). Mit „defensiver“ nationaler Identität ist dabei eine Form der Identifikation gemeint, die aus wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten gespeist wird, kränkungsanfällig ist und politische Kritik schnell in moralische Abwertung der Gegenseite übersetzt.

6 In der deutschen Debatte wird diese Funktion gemeinsamer demokratischer Bezugspunkte häufig mit dem Konzept des *Verfassungspatriotismus* beschrieben, das als integratives Leitkonzept des bundesrepublikanischen Verfassungs- und Ordnungsdiskurses interpretiert wird (Vorländer 2007). Der Begriff wurde ursprünglich von Dolf Sternberger geprägt und bezeichnet eine Bindung an die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung jenseits ethnischer oder kultureller Nationalidentität (Sternberger 1979/1993). Jürgen Habermas entwickelte den Ansatz später als normatives Integrationsmodell pluraler Gesellschaften weiter (Habermas 1987).

Ähnliche Befunde berichten Blattner und Koenen (2023) für die aufgrund der Pandemie online durchgeführte Ausgabe von 2021: Auch dort nahm die gegenseitige Abneigung signifikant ab – insbesondere bei Teilnehmenden mit starken Vorurteilen und geringer Dialogbereitschaft. Wie in anderen Studien bleibt jedoch offen, inwieweit diese Effekte über den unmittelbaren Interaktionskontext hinaus Bestand haben.⁷

Einen vertiefenden Blick auf die Wirkmechanismen solcher Dialoge werfen Santoro und Broockman (2022). In zwei groß angelegten Feldexperimenten fanden sie heraus, dass Gespräche zwischen politischen Gegnern insbesondere dann depolarisierend wirken, wenn sie nicht um kontroverse politische Themen kreisen. Dialoge über persönliche oder alltagsnahe Erfahrungen führten zu einer deutlichen Abnahme gegenseitiger Feindseligkeit, während Diskussionen über strittige politische Fragen kaum Wirkung zeigten. Die Autoren betonen daher, dass Themenwahl und Gesprächsführung entscheidend für den Erfolg solcher Formate sind.

Eine andere Perspektive eröffnet de Jong (2024), die kurze, unmoderierte Online-Chats zwischen Anhängerinnen und Anhängern von labour und conservatives in Großbritannien untersuchte. Die Gespräche führten insgesamt zu einem leichten Rückgang affektiver Polarisierung bzw. zu mehr Sympathie für die politische Gegenseite. Dieser Effekt fiel jedoch deutlich schwächer aus, sobald sich die Gesprächspartnerinnen und -partner in zentralen politischen Fragen deutlich widersprachen – etwa beim Thema Einwanderung. Mit anderen Worten: Ohne Moderation und bei stark kontroversen Themen gelingt es kaum,

wechselseitige Abneigung abzubauen.

Insgesamt konstatieren die Befunde: Dialog ist nicht gleich Dialog. Begegnungen wirken vor allem dann depolarisierend, wenn sie strukturiert, moderiert und auf Kooperation ausgerichtet sind. Spontane, unmoderierte oder rein konfliktorientierte Diskussionen dagegen können bestehende Gräben verstärken statt überbrücken. Besonders erfolgreich sind Formate, die gemeinsame Interessen sichtbar machen, gegenseitigen Respekt fördern und einen geschützten Rahmen für Austausch schaffen. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen aus Praxis und Forschung, dass solche Formate bislang aufwendig und schwer skalierbar sind: Sie erreichen meist kleine, freiwillig engagierte Gruppen, deren Einstellungen sich leichter verändern lassen als die der breiten Bevölkerung.

3.3 MEDIENINTERVENTIONEN

Medien spielen eine zentrale Rolle bei der Verstärkung oder Abschwächung affektiver Polarisierung. Im Gegensatz zu individuellen oder dialogorientierten Ansätzen, die auf unmittelbare Begegnungen oder persönliche Reflexion zielen, setzen Medieninterventionen im öffentlichen Diskurs an. Sie nutzen Geschichten, Bilder und emotionale Inszenierungen, um Wahrnehmungen von gesellschaftlichen Gruppen zu beeinflussen und Empathie über politische Grenzen hinweg zu fördern. Damit ähneln sie psychologischen Ansätzen, die auf Perspektivübernahme und emotionale Neubewertung zielen, übertragen diese Prinzipien aber auf die Ebene mas-

Tab. 3: Dialogorientierte Depolarisierungsstrategien im Überblick

Ziel	Mittel	Beispielhafte Methoden	Kernwirkung
Soziale Distanz verringern	Begegnungen zwischen politisch Andersdenkenden	moderierte Gespräche, strukturierte Dialoge	Abbau von Feindseligkeit und Vorurteilen
Stereotype und Verzerrungen reduzieren	persönliche, alltagsnahe Interaktionen	Gespräche über Lebenswelt statt Streitfragen	differenziertere Wahrnehmung der Gegenseite
Vertrauen und Respekt stärken	kooperative Situationen	gemeinsame Aufgaben, gemeinsame Ziele	Zunahme wechselseitiger Wertschätzung
Demokratische Gesprächskultur fördern	geschützter Rahmen und Moderation	Mini-Publics, Bürgerräte, Dialogplattformen (<i>Deutschland spricht</i>)	konstruktiver Austausch trotz Differenzen
Echo-Kammern durchbrechen	gezielte Rekrutierung und Matching	Begegnungen zwischen ideologisch entfernten Personen	Kontakt über Filterblasen hinweg
Negative Gruppendynamiken entschärfen	Fokus auf Gesprächsführung	respektvolle Regeln, Deeskalationstechniken	weniger gruppendynamische Polarisierung

Quelle: eigene Darstellung

⁷ Beide Studien weisen auf methodische Grenzen hin. Die Teilnehmenden von *Deutschland spricht* sind überdurchschnittlich gebildet, politisch interessiert und tendenziell linksliberal, was die Generalisierbarkeit der Befunde einschränkt. Zudem beruhen die Ergebnisse auf freiwilliger Teilnahme, sodass ein Selbstselektionseffekt nicht ausgeschlossen werden kann.

senmedialer Kommunikation und erreichen damit viele Menschen gleichzeitig.

Unter Medieninterventionen versteht man Strategien, die über klassische Nachrichtenmedien oder soziale Plattformen auf öffentliche Einstellungen wirken und gezielt polarisierende Dynamiken abschwächen sollen. Dazu gehören innovative journalistische Darstellungsweisen, experimentelle Kommunikationsformate, die unterschiedliche Interaktionsmuster oder Perspektivwechsel erproben, öffentliche Informationskampagnen sowie mediale Beiträge, die Empathie und Verständnis für Andersdenkende fördern.

Medien können gezielt Inhalte verbreiten, die die Menschlichkeit der „anderen Seite“ betonen und damit einen Gegenpol zu konfliktorientierter Berichterstattung bilden. Als anschauliches Beispiel gilt der Heineken-Werbespot *Worlds Apart* (2017): Zwei Personen mit gegensätzlichen politischen Ansichten – etwa zu Feminismus oder Klimawandel – lösen zunächst ohne Kenntnis ihrer Differenzen gemeinsam Aufgaben und erzählen sich persönliche Geschichten. Erst danach werden ihre Meinungsverschiedenheiten offengelegt; dennoch entscheiden sie sich, auf ein Bier zusammenzusitzen. Der Spot soll respektvolle Differenz und gemeinsame Menschlichkeit vermitteln, emotional glaubwürdig und leicht nachvollziehbar.

In der *Strengthening Democracy Challenge* (Voelkel et al. 2024) wurde das Video experimentell getestet – mit bemerkenswertem Erfolg: Unter 25 Interventionen zählte der Heineken-Clip (*positive contact video*) zu den wirksamsten Formaten zur Verringerung affektiver Polarisierung. Ähnlich effektiv waren in derselben Studie kurze Filmsequenzen, die gemeinsame Identität und Zusammenhalt betonten, etwa mit der Botschaft „We are all Americans“. Solche medienvermittelten Common-Ground-Narrative greifen denselben psychologischen Mechanismus wie *Common Ingroup Identity*-Ansätze auf und übertragen ihn auf eine breitere gesellschaftliche Ebene.

Medienberichterstattung kann aber auch selbst Teil des Problems sein: Wenn Nachrichten und Kommentare fortlaufend betonen, wie tief eine Gesellschaft gespalten sei, verstärkt das bei Rezipientinnen und Rezipienten den Eindruck unüberbrückbarer Gegensätze – und kann Polarisierung weiter befeuern (vgl. Kubin/von Sikorski 2021). Eine experimentelle Studie von Levendusky und Malhotra (2016) belegte, dass Teilnehmende, die einen Artikel über zunehmende ideologische Spaltung in den USA lasen, anschließend stärkere feindselige Gefühle gegenüber der Gegenseite äußerten. Wird in der Berichterstattung dagegen hervorgehoben, wo politische Lager übereinstimmen, können diese negativen Effekte deutlich abgeschwächt werden. Dies deutet darauf hin, dass die mediale Darstellung gesellschaftlicher Spaltung selbst ein relevanter Treiber (oder Dämpfer) affektiver Polarisierung sein kann.

Aufbauend auf solchen Befunden entwickelten Kommunikationsforscherinnen und -forscher das Konzept der *Polarizing Content Warning*. Dabei erhalten Leserinnen und Leser vor oder während des Nachrichtenkonsums einen kurzen Hinweis, dass die folgende Berichterstattung über gesellschaftliche Spaltung selbst polarisierende Effekte haben kann (Kubin/von Sikorski 2024). In fünf experimentellen Studien mit insgesamt rund 3.400 Teilnehmenden in den USA prüften sie, ob ein solcher Hinweis affektive Polarisierung abschwächen kann. Die Ergebnisse sind klar: Die Warnung verringerte indirekt affektive Polarisierung, weil sie zunächst die wahrgenommene gesellschaftliche Spaltung reduzierte. Personen, die den Hinweis erhielten, überschätzten politische Gegensätze also weniger stark und reagierten mit geringerer Abneigung gegenüber der Gegenseite. Der Effekt zeigte sich sowohl bei Online-Nachrichtenartikeln als auch in Social Media-Formaten. Das Verfahren ermöglicht es also, über Polarisierung zu berichten, ohne sie unbeabsichtigt weiter zu verstärken.

Auch die Ebene der Medienlandschaft spielt eine Rolle: Lokale und regional verankerte Berichterstattung wirkt tendenziell verbindender, weil sie stärker auf gemeinsame Anliegen und Alltagsprobleme fokussiert, während nationale Leitmedien Konflikte häufiger entlang parteipolitischer Linien zuspitzen. Studien aus den USA und Deutschland weisen darauf hin, dass der Rückgang lokaler Medienangebote mit stärker polarisiertem Wahlverhalten und einer stärkeren Hinwendung zu nationaler, konfliktorientierter Berichterstattung einhergeht (Darr/Hitt/Dunaway 2018; Ellger et al. 2024). Für die USA zeigt Moskowitz (2021) zudem, dass lokale Berichterstattung die Nationalisierung von Wahlen abschwächen kann, weil sie Wählerinnen und Wählern mehr Informationen über lokale und bundesstaatliche Kandidaten vermittelt. Im Lichte dessen erscheint der fortschreitende Rückgang lokaler Medienangebote umso problematischer.

Soziale Medien verändern heute maßgeblich die Bedingungen politischer Kommunikation und können damit auch Polarisierung beeinflussen. Häufig wird angenommen, dass Plattformen polarisierende Dynamiken verstärken, etwa durch selektive Exposition, algorithmische Kuratierung und die verstärkte Verbreitung emotionalisierender Inhalte (Bail et al. 2018; Van Bavel et al. 2021). Empirisch ist dieses Bild jedoch weniger eindeutig.

So kommt eine umfassende Literaturübersicht von Ludwig und Müller (2022) zu dem Ergebnis, dass die Evidenz für eine generelle polarisierende Wirkung sozialer Medien uneindeutig ist. Viele Studien untersuchen zwar Fragmentierungseffekte (etwa durch Netzwerke, in denen fast nur Gleichgesinnte präsent sind, oder durch Informationswege, die Nutzerinnen und Nutzer fast ausschließlich mit politisch einseitigen Inhalten versorgen), zeigen aber keinen klaren kausalen Zusammenhang zur Zunahme affektiver oder ideologischer Polarisierung. In der Gesamt-

schau finden Ludwig und Müller (2022) keine klare Evidenz für die verbreitete Annahme, dass Social Media-Nutzung als solche Polarisierung systematisch erhöht.

Gleichzeitig verweist die Übersicht auf Faktoren, die depolarisierende oder differenzierte Effekte begünstigen können – etwa eine vielfältige Informationsumgebung oder zeitweise Reduktion der Nutzung bestimmter Plattformen. Allerdings profitieren davon vor allem moderat eingestellte Nutzergruppen; stark parteiisch orientierte Personen reagieren deutlich weniger oder gar nicht auf solche Interventionen. Insgesamt hängt der Effekt sozialer Medien stark vom politischen Umfeld, der Funktionsweise einzelner Plattformen und der psychologischen Ausgangslage der Nutzerinnen und Nutzer ab.

Angesichts dieser ambivalenten Befundlage richtet sich die neuere Forschung zunehmend auf die Frage, unter welchen Bedingungen digitale Infrastrukturen Polarisierung fördern oder mindern. Besonders aufschlussreich sind Experimente, die algorithmische Eingriffe direkt in realistischen Informationsumgebungen prüfen. So zeigen Piccardi et al. (2025) in einem Feldversuch auf X (ehemals Twitter), dass Empfehlungslogiken, die feindselige oder antidemokratische Inhalte priorisieren, die affektive Polarisierung messbar verstärken. Umgekehrt kann die algorithmische Reduktion feindseliger und antidemokratischer Inhalte die wechselseitige Abneigung reduzieren. Andere experimentelle Studien fallen zurückhaltender aus: Ludwig et al. (2023) finden in einem experimentellen Nachrichteninterface nur begrenzte Effekte content- und sentimentbasierter Empfehlungssysteme; Ludwig et al. (2025) zeigen für ideologiebasierte News-Recommender vor allem Effekte auf ideologische Polarisierung bei moderaten Nutzergruppen, nicht aber konsistent auf affektive Polarisierung; und Liu et al. (2025) kommen in YouTube-ähnlichen Empfehlungssystemen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass kurzfristige algorithmische Eingriffe meist nur geringe oder keine Effekte auf affektive Einstellungen haben. Dies deutet darauf hin, dass algorithmische Anpassungen allein kaum ausreichen, um Polarisierung dauerhaft zu mindern, da sie Polarisierung nicht durchgängig verstärken oder mindern, sondern ihre Wirkung stark vom jeweiligen Inhalt, der Dauer der Exposition und den Eigenschaften der Nutzerinnen und Nutzer abhängt.

Während Studien wie Piccardi et al. (2025), Ludwig et al. (2023) und Liu et al. (2025) vor allem die algorithmischen und technischen Mechanismen untersuchen, über die Plattformen Inhalte filtern oder priorisieren, richtet sich ein anderer Forschungsstrang auf die sozialen Bedingungen digitaler Interaktion. Er legt nahe, dass Plattformen nicht nur über Empfehlungslogiken, sondern auch über Moderation, Gesprächsnormen und transparente Regeln zur Entschärfung affektiver Polarisierung beitragen können.

Ein Feldexperiment von Combs et al. (2023) belegt, dass anonymisierte Cross-Partisan-Dialoge insgesamt depolarisierend wirken können. Der Effekt zeigt sich sowohl bei affektiven als auch bei sachlich-ideologischen Polarisierungsmaßen, fällt aber bei Letzteren tendenziell stärker aus. Insbesondere ein respektvoller Gesprächsverlauf (vor allem zu Beginn der Interaktion) erweist sich als wichtiger Faktor für depolarisierende Effekte. Auch Matias (2019) unterstreicht die Bedeutung solcher sozialen Rahmenbedingungen: Sichtbare Normhinweise und klare Verhaltensregeln fördern nachweislich die Regelkonformität neuer Teilnehmender und verbessern deren Beteiligungsbereitschaft.

Ein weiterer Forschungszweig untersucht, ob eine vielfältigere Informationslandschaft Polarisierung dämpfen kann. Überparteiliche Nachrichtenangebote oder kuratierte Faktenchecks sollen Nutzerinnen und Nutzer ausgewogener informieren. Die Evidenz ist jedoch gemischt. In einem Feldexperiment zeigte Levy (2021), dass der Zugang zu Nachrichtenangeboten der Gegenseite auf Facebook die affektive Polarisierung geringfügig verringerte: Teilnehmende bewerteten die andere politische Seite etwas weniger negativ, ohne jedoch ihre eigenen politischen Überzeugungen zu verändern. Andere Studien fallen zurückhaltender aus. So wies ein Experiment zu Facebook- und Instagram-Feeds nach, dass selbst deutliche Veränderungen der Inhaltsreihung keine signifikanten Effekte auf affektive oder ideologische Polarisierung hatten (Guess et al. 2023). Auch Wojcieszak et al. (2023) finden auf Basis von Panel- und Browsingdaten keine klare Evidenz dafür, dass längerfristige Exposition gegenüber parteiischen Nachrichtenangeboten affektive oder ideologische Polarisierung erhöht.

Auch Faktenchecks können zwar Fehlinformationen wirksam korrigieren (Nyhan et al. 2020), führen aber in der Regel vor allem zu einem höheren Wissensstand – nicht zu einer Verringerung affektiver Feindseligkeit. Insgesamt zeigt sich: Die digitale Informationsarchitektur ist nicht neutral. Polarisierung kann sowohl durch algorithmische Auswahlmechanismen als auch durch kommunikative Normen verstärkt oder abgeschwächt werden. Vielversprechende Ansätze setzen daher weniger auf Konfrontation oder reine Faktenvermittlung, sondern auf vielfältige Informationspfade, verlässliche Moderation und dialogorientierte Kommunikationsräume. Insgesamt sprechen die Befunde weniger für harte regulatorische Eingriffe als für sanfte, verfahrensbezogene Anreize (sog. „nudges“), die Transparenz, Vielfalt und reflektierte Rezeption fördern, ohne Medienfreiheit oder Meinungsvielfalt einzuschränken. So könnten etwa freiwillige Hinweisformate oder die gezielte Förderung lokaler Medienangebote dazu beitragen, Polarisierung zu dämpfen, ohne in redaktionelle Inhalte einzugreifen.

Tab. 4: Medienbezogene Depolarisierungsstrategien im Überblick

Ziel	Mittel	Beispielhafte Methoden / Formate	Kernwirkung
<i>Wahrnehmung der Gegengruppe verbessern</i>	narrative Reframing-Strategien	positive contact videos (z. B. Heineken Worlds Apart), Common-Ground-Narrative	wärmere Bewertung der Gegenseite, Abbau feindseliger Emotionen
<i>Empathie und Perspektivübernahme fördern</i>	emotionale Inszenierung im öffentlichen Diskurs	Geschichten über Lebensumstände, Alltagsprobleme, Menschlichkeit des „Anderen“	Verständnis statt moralischer Abwertung
<i>Polarisierende Berichterstattung abschwächen</i>	mediale Gegenrahmen und konstruktive Nachrichtenformate	Hervorhebung gemeinsamer Positionen, lösungsorientierter Journalismus	Reduktion des Eindrucks unüberbrückbarer gesellschaftlicher Gegensätze
<i>Selbstverstärkende Spaltungsnarrative dämpfen</i>	Warnhinweise vor polarisierenden Inhalten	„Polarizing Content Warning“	kritischere Rezeption, weniger überschätzte Spaltung, geringere affektive Polarisierung
<i>Gemeinsame Realität stärken</i>	lokale Berichterstattung und gemeinschaftsnahe Themen	Regionaljournalismus, community reporting	betont geteilte Anliegen, kann polarisierende Dynamiken abschwächen
<i>Algorithmische Verstärkung polarisierender Inhalte reduzieren</i>	Eingriffe in Empfehlungslogiken	Diversifizierung der Inhalte, Reduktion extremistischer Engagement-Trigger	gezielte Dämpfung feindseliger Inhalte
<i>Dialogfähige digitale Räume schaffen</i>	Moderation, Normsetzung, Gesprächsregeln	moderierte Cross-Partisan-Gespräche, transparente Community-Regeln	verbesserter und zivilerer Umgangston; potenziell depolarisierende Effekte
<i>Informationsumgebung pluralisieren</i>	vielfältige Nachrichtenpfade und kuratierte Inhalte	Zugang zu anderen Medienlagern, überparteiliche Angebote, Faktenchecks	etwas weniger Negativität; kaum Einstellungsänderung

Quelle: eigene Darstellung

3.4 INSTITUTIONELLE REFORMEN UND STRUKTURELLE ANSÄTZE

Institutionelle Strategien setzen an den Rahmenbedingungen demokratischer Politik an. Ihr Ziel ist es, Polarisierung erst gar nicht entstehen zu lassen bzw. strukturell zu begrenzen. Damit unterscheiden sie sich von Dialog- oder Medieninterventionen, deren Ziel es ist, bestehende Animositäten abzumildern. Im Mittelpunkt stehen institutionelle Regeln, die festlegen, wie Wettbewerb, Repräsentation und Entscheidungsfindung in Demokratien organisiert sind – etwa Wahl- und Parteiensysteme, parlamentarische Verfahren, aber auch Regeln des Austauschs in der Öffentlichkeit und auf der politischen Bühne.

Ausgangspunkt dieser Ansätze ist die Annahme, dass extreme affektive Polarisierung nicht aus dem Nichts entsteht, sondern auf institutionelle Anreizstrukturen zurückgeht. Kurzgefasst: Wenn politische Karrieren, Wahlerfolge oder mediale Sichtbarkeit vor allem durch Abgrenzung und Konfliktorientierung belohnt werden, entsteht ein dauerhafter Wettbewerb um Zuspitzung. Parteien und Akteure haben dann wenig Anreiz, Kompromisse zu suchen oder überparteiliche Lösungen zu vertreten. Die Folge: starke affektive Polarisierung wird politisch rentabel (McCoy/Somer 2019).

An diesen Anreizsystemen setzen strukturelle Ansätze an. Sie versuchen, die Belohnungsmechanismen des Systems so zu verändern, dass Kooperation, Konsensbildung und Machtteilung lohnender werden. Sie wirken über weiche Anreizsysteme ebenso wie über Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen. Dabei lassen sich drei Ebenen der institutionellen Reform unterscheiden:

1. Reformen der Wettbewerbsordnung betreffen die institutionellen Regeln, nach denen demokratische Konkurrenz organisiert wird – etwa das Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, offene Vorwahlen oder alternative Mehrheitsregeln. Sie verändern die Architektur des politischen Wettbewerbs. Deren Erfolg lässt sich meist nur im internationalen Vergleich bewerten.

2. Reformen gesellschaftlicher Infrastruktur zielen auf gesellschaftliche Integration und deliberative Beteiligung. Hierzu zählen institutionalisierte Bürgerräte, Bürgerforen oder Formen einer allgemeinen Dienstpflicht. Sie greifen nicht in die Kernlogik der Machtverteilung ein, können aber langfristig Vertrauen, Gemeinsinn und dialogische Kompetenzen stärken und so Polarisierung strukturell entgegenwirken.

3. Prozedurale Reformen beziehen sich auf Abläufe und Kommunikationsregeln innerhalb bestehender Institutio-

nen – etwa Sitzordnungen, Redezeiten oder Wortmelde-regeln. Sie lassen sich leichter erproben und bilden die Schnittstelle zwischen struktureller und alltäglicher politi-scher Praxis institutioneller Depolarisierungspolitik.

In der vergleichenden Demokratieforschung gilt die Struk-tur des Parteiensystems als zentraler Faktor politischer Polarisierung. Lijphart (2012) argumentiert, dass konsens-demokratische Systeme mit Verhältniswahlrecht, Mehr-parteien und Machtteilung weniger extreme Konfliktlinien hervorbringen als politische Systeme mit Mehrheitswahl-recht und zwei dominanten Parteien – wie etwa in den USA oder Großbritannien. Der zugrunde liegende Mechanis-mus ist einfach: Wo Regierungen auf Koalitionen angewie-sen sind, wird Kooperation politisch belohnt und Polarisie-rung im Prinzip weniger attraktiv.

Empirische Befunde stützen diese Annahme. Hasel-mayer und Jenny (2018) belegen für Österreich, dass Parteien im Wahlkampf zwar Kritik an künftigen Ko-alitionspartnern üben, dabei aber gezielt auf aggres-sive Angriffe verzichten, um spätere Regierungsbil-dung nicht zu gefährden. Auch auf der Wählerebe-ne zeigt sich ein institutioneller Dämpfungseffekt: Eine vergleichende Analyse von 20 westlichen Demokra-tien zeigt, dass Anhänger und Anhängerinnen von Regie-rungsparteien ihre Koalitionspartner deutlich „wärmer“ bewerten als Oppositionsparteien – selbst bei erhebli-chen ideologischen Unterschieden (Gidron/Adams/Hor-ne 2023). Zudem spricht einiges dafür, dass dieser Koali-tionsbonus über die unmittelbare Regierungszeit hinaus fortwirken kann (Horne et al. 2023).

Während diese Studien vor allem messen, *wie stark* die affektive Polarisierung ausfällt, untersuchen Reiljan et al. (2024), *worauf* sich diese emotionalen Gegensätze richten. Sie verweisen darauf, dass die institutionelle Archi-tektur des Partei- und Regierungssystems bestimmt, ob sich affektive Gegensätze vor allem auf Parteien oder auf einzelne politische Führungsfiguren konzentrieren: In fragmentierten Mehrparteiensystemen rich-ten sie sich stärker auf Parteien, während sie in präsi-dentiellen Zweiparteiensystemen wie den USA stärker auf einzelne politische Führungsfiguren zentriert sind. Experimentelle Evidenz stützt diese institutionellen Zu-sammenhänge: In einem groß angelegten Online-Ex-periment zeigen Fischer, Lee und Lelkes (2021), dass innerhalb proportionaler Systeme mit zunehmender Zahl an Parteien die affektive Feindseligkeit zwischen politischen Lagern abnimmt. Zugleich verstärken Wahl-systeme mit Mehrheitslogik und zwei dominierenden Parteien die emotionale Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern, während proportionale und mehrpartei-sche Systeme sie abschwächen.

Während Koalitionssysteme institutionell auf Ausgleich und Kompromiss angelegt sind, warnen McCall Rosen-bluth und Shapiro (2018) vor einem paradoxen Gegen-trend: Reformen, die auf mehr direkte Beteiligung und innerparteiliche Öffnung zielen – etwa offene Vorwah-len oder häufige Referenden –, schwächen Parteien als kollektive Vermittlungsinstanzen und begünstigen zugleich die Personalisierung von Politik. Entscheidend sei nicht allein die Zahl der Parteien, sondern ihre Fä-higkeit, stabile und verantwortungsfähige Koalitionen zu bilden. Darüber hinaus zeigt Sartori (1976), dass stark fragmentierte Mehrparteiensysteme bei großen ideo-logischen Distanzen an Kompromissfähigkeit verlieren und zu instabilen Koalitionen neigen. Solche Konstellati-onen erhöhen die strukturelle Konfliktintensität und er-schweren die institutionelle Einbindung gegensätzlicher politischer Lager – Bedingungen, unter denen sich auch affektive Polarisierung leichter verfestigen kann.

Neben strukturellen Reformen, die die institutionellen Anreizstrukturen verändern, setzen prozedurale Maß-nahmen im Inneren des politischen Betriebs an. Bei-de Ansätze verfolgen dasselbe Ziel – Kooperation zu fördern und Eskalationslogiken abzuschwächen –, un-terscheiden sich jedoch in ihrer Reichweite. Während Wahlsysteme festlegen, ob Parteien auf Kompromisse angewiesen sind, beeinflussen mikropolitische Regeln, wie politische Gegner im parlamentarischen Alltag mit-einander umgehen.

Sitzordnungen gelten als mikropolitische Maßnahmen, die den Austausch über Parteigrenzen hinweg erleich-tern sollen. Empirische Studien liefern jedoch ein ge-mischtes Bild. Das isländische Zufallsplatzierungsver-fahren zeigt, dass räumliche Nähe kurzfristige, paar-bezogene Effekte erzeugen kann: Abgeordnete unter-schiedlicher Parteien stimmen im Durchschnitt rund einen Prozentpunkt häufiger gleich ab, wenn sie zufällig nebeneinandersitzen (Lowe/Jo 2025). Dieser Effekt ist klar begrenzt: Er verschwindet im Folgejahr vollstän-dig und wirkt sich nicht auf allgemeines abweichendes Stimmverhalten gegenüber der eigenen Parteiführung aus. Eine andere Analyse desselben Parlaments findet hingegen kaum Hinweise darauf, dass räumliche Nähe überhaupt zu ähnlicherem Abstimmungsverhalten führt (Darmofal et al. 2025). Auch Ausschüsse können unter bestimmten institutionellen Bedingungen – etwa bei Vetopositionen der Opposition – zu sachorientierter Zusammenarbeit beitragen (Miller/Stecker 2008). Al-lerdings beziehen sich diese Befunde weitgehend auf Kooperation und Verhaltensmuster, nicht auf affektive Polarisierung; dauerhafte Veränderungen der emotio-nalen Distanz zwischen politischen Lagern sind bislang empirisch nicht nachgewiesen.⁸

⁸ Zu berücksichtigen ist zudem, dass die Analyse den Bundestag im Jahr 2008 betrifft – also eine Zeit, in der noch keine radikal rechte Partei wie die AfD im Parlament vertreten war.

Institutionelle Reformsstrategien beruhen häufig auf einem Top-Down-Ansatz: Veränderungen im Verhalten politischer Eliten können auf die Wählerschaft ausstrahlen. Forschung zeigt, dass die öffentliche Wahrnehmung des Umgangs führender Politikerinnen und Politiker mit der Gegenseite entscheidend dafür ist, wie deren Anhänger-schaften politische Gegner bewerten.

Experimentelle Befunde von Huddy und Yair (2021) verdeutlichen, dass sichtbare Gesten gegenseitigen Respekts zwischen prominenten Politikerinnen und Politikern – etwa die freundliche Interaktion zwischen Senator Schumer und Senator McConnell – die affektive Polarisierung messbar verringern. Teilnehmende, die solche respektvollen Begegnungen sahen, bewerteten die politische Gegenseite auf dem „Feeling Thermometer“ positiver. Bemerkenswert ist, dass rein sachpolitische Kompromisse, etwa zu kontroversen Themen wie Grenzsicherung, keinen vergleichbaren Effekt auslösten: Symbolischer Respekt wirkte stärker depolarisierend als inhaltliche Zugeständnisse.⁹ Institutionen können solche Signale zwar nicht erzwingen, aber Rahmenbedingungen schaffen, die sie wahrscheinlicher machen – etwa überfraktionelle Gesprächsformate, gemeinsame Delegationsreisen oder vertrauliche Austauschtreffen.

Viele Parlamente verfügen zudem über formale Sprach- und Verhaltenskodizes, die persönliche Beleidigungen untersagen. Im Deutschen Bundestag kann die Sitzungspräsidentin bzw. der Sitzungspräsident gemäß §36 GO-BT Ordnungsmaßnahmen bei Verletzungen der Ordnung oder der Würde des Bundestages ergreifen. Auch wenn solche Regeln allein keine Polarisierungsdynamiken brechen, tragen sie zu einem zivileren Grundton parlamentarischer Auseinandersetzung bei – und senden öffentlich sichtbare Signale, dass Konflikte ohne persönliche Herabsetzung ausgetragen werden können. Deliberative Beteiligungsverfahren übertragen dialogische Prinzipien aus lokalen Projekten in dauerhaftere, institutionalisierte Formate. Sie umfassen sowohl ausgeloste Mini-Publics wie Bürgerräte und Citizens' Assemblies als auch freiwillige Bürgerdialoge, in denen Menschen unterschiedlicher Hintergründe gemeinsam über politische Fragen beraten. Ziel ist es, deliberative Logiken – sachorientierter Austausch, gegenseitiger Respekt, argumentative Auseinandersetzung – auf breiterer gesellschaftlicher Ebene zu verankern.

Empirische Studien sprechen dafür, dass sachorientierte Diskussionen zwischen Menschen unterschiedlicher Überzeugung Empathie, Perspektivübernahme und gegenseitigen Respekt fördern können, also Mechanismen, die unter geeigneten Bedingungen affektiver Polarisierung entgegenwirken (Grönlund/Herne/Setälä 2015; vgl. Fish-

kin 2018). Eine vergleichende Analyse der irischen *Citizens' Assembly* zur Abtreibungsregelung zeigt, dass deliberative Mini-Publics auch bei hochkontroversen Themen zu kognitiv komplexeren, respektvolleren Diskussionen führen als parlamentarische Debatten. Aussagen zur gesamtgesellschaftlichen Polarisierung lassen sich aus dieser Studie nicht ableiten (Suiter et al. 2022). Eine systematische Übersichtsarbeit verweist darauf, dass deliberative Begegnungen sowohl polarisierende als auch depolarisierende Wirkungen entfalten können – abhängig davon, ob sie deliberativen Standards folgen (Caluwaerts et al. 2023). Depolarisierung tritt vor allem dann auf, wenn zentrale Designmerkmale gegeben sind, etwa heterogene Gruppenzusammensetzung, unabhängige Moderation und persönliche Interaktion. Fehlen diese Bedingungen, beobachten viele Studien dagegen polarisierende Effekte. Die Autoren betonen zudem, dass die zugrunde liegenden Mechanismen bisher nur unzureichend verstanden sind.

Darüber hinaus können deliberative Verfahren Normen zivilen Umgangs und argumentative Komplexität fördern, wodurch Radikalisierungstendenzen und Feindbilder abgeschwächt werden. Erfolgreiche Beispiele finden sich vor allem in Irland, wo Mini-Publics bei ethisch aufgeladenen Fragen wie Abtreibung oder Ehegleichstellung eingesetzt wurden (Dryzek et al. 2019). Der Bericht der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD 2020) verweist darüber hinaus auf ähnliche Verfahren in mehreren Ländern, die deliberative Beteiligung dauerhaft in politische Entscheidungsprozesse integriert haben. Nach OECD können solche Verfahren das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Entscheidungen stärken, sofern ihre Ergebnisse transparent kommuniziert und institutionell verankert werden.

Gleichwohl bleibt offen, ob deliberative Verfahren Polarisierung in der Gesamtgesellschaft tatsächlich verringern können. OECD-Befunde deuten darauf hin, dass die Vertrauens- und Legitimitätseffekte deliberativer Verfahren stark von ihrer öffentlichen Sichtbarkeit und transparenten Kommunikation abhängen. Nur wenn der Prozess gut vermittelt wird, kann die breite Öffentlichkeit nachvollziehen, warum Empfehlungen zustande kommen und welche Rolle sie im politischen Verfahren spielen (ebd.). Entscheidend dürfte daher sein, ob deliberative Verfahren dauerhaft in ein breiteres deliberatives System eingebettet werden, das Parlamente, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure umfasst (Dryzek et al. 2019).

Eine verbreitete Idee setzt darauf, sozialen Kontakt und Kooperation zwischen Menschen unterschiedlicher Hintergründe institutionell zu fördern, etwa durch nationale Dienstprogramme.¹⁰ Historisch wurde insbesondere

9 Diese Ergebnisse ergänzen die Forschung zu sogenannten Elite Cues. Studien zeigen, dass Polarisierung auf Elitenebene die Art verändert, wie Bürgerinnen und Bürger politische Urteile bilden: Parteisignale gewinnen an Gewicht, während sachliche Informationen weniger beachtet werden (Druckman/Peterson/Slothuus 2013).

10 In Deutschland wurde die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht 2018/2019 etwa von der damaligen CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer diskutiert, stieß aber auf verfassungs- und rechtspolitische Einwände.

Tab. 5: Institutionelle Depolarisierungsstrategien im Überblick

Ziel	Mittel	Beispielhafte Reformen / Mechanismen	Kernwirkung
<i>Polarisierungsfördernde Anreizstrukturen verändern</i>	Anpassung grundlegender Spielregeln	Verhältnismäßigwahlrecht, Mehrparteienlogik, Machtteilung	Kooperation wird belohnt; Zuspitzung weniger attraktiv
<i>Strukturelle Konfliktodynamiken reduzieren</i>	Reform politischer Wettbewerbsarchitekturen	Alternative Mehrheitsregeln, Koalitionsmechanismen	geringere Gewinner-Verlierer-Dynamik; weniger affektive Feindseligkeit
<i>Politische Integration stärken</i>	deliberative und partizipative Institutionen	Bürgerräte, Citizens' Assemblies, Bürgerdialoge	Förderung von Respekt, Perspektivübernahme, argumentativer Auseinandersetzung
<i>Kooperation im parlamentarischen Alltag erleichtern</i>	prozedurale Regeln und Kommunikationsformen	Sitzordnungen, Redezeiten, Verhaltenskodizes (§36 GO-BT), überfraktionelle Austauschformate	zivilere Debattenkultur, geringere Eskalationslogik
<i>Positive Elite-Signale fördern</i>	institutionelle Rahmen für respektvolle Interaktion	gemeinsame Delegationsreisen, symbolische Gesten, normierte Umgangsformen	wahrnehmbarer Respekt wirkt depolarisierend auf Anhängerschaften
<i>Begegnungen über soziale Gruppen hinweg institutionell ermöglichen</i>	Dienstprogramme, Vereine, gemeinschaftliche Projekte	allgemeine/freiwillige Dienstprogramme, Schulprojekte, Jugendfreiwilligendienste	Abbau sozialer Abschottung, Förderung gemeinsamer Identität
<i>Ungleichheitsbedingte Polarisierung begrenzen</i>	makroökonomische und regionale Strukturpolitik	Abbau ökonomischer Unsicherheit, Stärkung strukturschwacher Räume	Verringerung der Bedingungen, unter denen Polarisierung gedeiht (indirekter Effekt)
<i>Komplexität und Resilienz im demokratischen System erhöhen</i>	Einbettung deliberativer Verfahren in institutionelle Gesamtarchitektur	langfristige Integration von Mini-Publics, transparente Kommunikation	höhere Legitimität, stabilere Konfliktbearbeitung

Quelle: eigene Darstellung

der Militärdienst als „Schule der Nation“ verstanden: Gemeinsamer Dienst sollte Werte vermitteln, Gruppen mischen und künftige Eliten prägen (Krebs 2004). Neuere Forschung deutet darauf hin, dass Wehrpflicht affektive Polarisierung abschwächen kann, weil sie Begegnungen erzwingen, die sonst selten zustande kämen (Weiss 2022). Solche Effekte treten jedoch keineswegs automatisch ein, sondern hängen stark von institutioneller Ausgestaltung, Fairness und gesellschaftlicher Akzeptanz ab. Studien zu staatlichen Auswahlverfahren legen nahe, dass als unfair erlebte oder exkludierende staatliche Auswahlverfahren gegenteilige Folgen haben und Ressentiments verstärken können (Kuipers 2023). In liberalen Demokratien sind verpflichtende Dienste zudem ethisch und politisch hoch umstritten, da sie erhebliche Kosten und Eingriffe in die individuellen Freiheitsrechte mit sich bringen.

Plausibler erscheint daher die Stärkung freiwilliger Programme, Vereine oder schulischer Gemeinschaftsprojekte, die Begegnungen über Milieugrenzen hinweg ermöglichen. Studien zum Freiwilligensurvey (Gensicke/Geiss 2010) und zur Evaluation von Bundesfreiwilligen-

dienst und Jugendfreiwilligendiensten (BMFSFJ 2015) zeigen, dass solche Formate soziale Kompetenzen fördern und Kontakte zwischen unterschiedlichen Gruppen erleichtern können. Auch internationale Analysen betonen, dass gesellschaftliche Resilienz dort besonders hoch ist, wo vielfältige Möglichkeiten für Engagement und Kooperation bestehen. So deutet eine vergleichende OECD-Studie zum Beispiel darauf hin, dass Programme wie Jugendfreiwilligendienste soziale Kohäsion, Vertrauen in demokratische Institutionen und inklusive Partizipation fördern (Gagliardi/Pérez-Raynaud/Robinson 2024) und somit zentrale Faktoren im Umgang mit gesellschaftlicher Spaltung sein können.

Gesellschaftliche Ungleichheit und Abstiegs Erfahrungen gelten als möglicher Nährboden affektiver Polarisierung. Auf der Makroebene zeigen vergleichende Studien, dass affektive Polarisierung in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit oder wachsender Ungleichheit tendenziell stärker ausgeprägt ist (Gidron et al. 2020). Auf der Mikroebene fällt das Bild etwas weniger eindeutig aus: Analysen für mehrere europäische Länder finden, dass die persönliche wirtschaftliche Lage (etwa Einkommen, Beschäftigung

oder subjektive Unsicherheit) nur schwach mit affektiver Polarisierung zusammenhängt (Vanagt/Russo 2024).¹¹ Die Studie von Mau, Lux und Gülzau (2020) legt nahe, dass gesellschaftliche Konfliktlinien eher an Migrationsfragen (und zum Teil auch an Fragen sexueller Diversität) verlaufen als an klassischen ökonomischen Konfliktlinien zwischen Statusgruppen. Das Polarisierungsbarometer 2025 zeigt ein ähnliches Muster: Höhere affektive Polarisierung findet sich vor allem bei kulturell aufgeladenen Themen wie Zuwanderung, Klimaschutz und Ukraine-Unterstützung, während ökonomische Fragen deutlich weniger emotionalisiert werden (Vorländer et al. 2025; vgl. auch Angeli/Otteni 2021). Zusammengenommen sprechen diese Befunde dafür, dass kulturelle und identitätsbezogene Konflikte stärker zur affektiven Polarisierung beitragen als klassische ökonomische Interessengegensätze. Für die Politik heißt das: Sozioökonomische Reformen sind kein Allheilmittel gegen affektive Polarisierung. Sie zielen nicht auf deren Ursachen, sondern auf die strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen Polarisierung gedeiht – etwa ökonomische Unsicherheit, territoriale Ungleichheit oder soziale Konkurrenz.

4. FAZIT

Die bisherige Forschung belegt, dass Depolarisierungsmaßnahmen oftmals messbare Effekte erzielen können. Ihre zentrale Schwäche bleibt jedoch die fehlende Nachhaltigkeit: In einer Meta-Analyse von 77 Treatments aus 25 Studien weisen Holliday et al. (2025) nach, dass die Mehrzahl der positiven Wirkungen bereits nach ein bis zwei Wochen wieder verschwinden. Auch die groß angelegte Megastudie von Voelkel et al. (2024) verdeutlicht, dass viele Ansätze zwar punktuell wirksam sind, sich aber als zu kleinteilig, zu kontextspezifisch oder kaum skalierbar erweisen. Sie liefern wertvolle Einsichten in die individuellen Mechanismen affektiver Polarisierung – etwa wie Wahrnehmungsverzerrungen, Emotionen oder Interaktion im Kleinen wirken –, bieten jedoch keine systemische Lösung. Die Forschung steht damit vor einer doppelten Herausforderung: Interventionen müssen nicht nur wirken, sondern auch dauerhaft Bestand haben und eine größere Reichweite entfalten.

Institutionelle und strukturelle Reformen erscheinen hier im Vorteil, weil sie die Rahmenbedingungen politischer Konkurrenz verändern und damit systemische Ursachen adressieren. Dazu gehören Wahlrechtsregeln, Parlamentsverfahren, eine Kultur der Zusammenarbeit auf der Eliteebene oder deliberative Formate wie Mini-Publics. Gleichzeitig gilt: Solche Reformen sind politisch schwer durchzusetzen, erfordern Zeit und Konsens, lassen sich nicht nach dem Prinzip „one size fits all“ anwenden und ihre Effekte bleiben schwer isoliert messbar.

Erfolgversprechender ist ein mehrdimensionaler Ansatz: Formate, die gemeinsame Grundlagen sichtbar machen, mediale Narrative, die verbindende Elemente betonen, und institutionelle Regeln, die verhindern, dass identitätspolitische Gegensätze in einen Nullsummen-Wettbewerb münden. Viel spricht dafür, psychologische, kommunikative und institutionelle Dimensionen stärker miteinander zu verbinden. Entscheidend wird eine interdisziplinäre Forschung sein, die klärt, wie sich diese Maßnahmen sinnvoll ergänzen lassen. Psychologie, Soziologie, Politik- und Kommunikationswissenschaft arbeiten bislang eher parallel als interdisziplinär verknüpft. Eine stärkere Integration der Disziplinen könnte Ketteneffekte zwischen individuellen Einstellungen, öffentlicher Kommunikation und institutionellen Strukturen sichtbar machen.

Ermutigend ist, dass inzwischen zunehmend zivilgesellschaftliche und mediale Akteure – von NGOs über Mediationsprogramme bis hin zu Initiativen wie *Deutschland spricht* – im Feld der Depolarisierung aktiv sind. Ihre tatsächliche Wirksamkeit muss jedoch stärker systematisch und vergleichend evaluiert werden. Für die Forschung bedeutet das: Neben theoretischen und experimentellen Studien braucht es künftig eine engere Begleitung und Bewertung solcher Praxisformate.

5. KONKRETE ANSATZPUNKTE FÜR DIE PRAXIS

Aus den hier zusammengefassten Befunden folgt keine eindeutige Patentlösung gegen affektive Polarisierung. Gleichwohl lassen sich einige in Forschung und Praxis wiederkehrende Vorschläge benennen, die an unterschiedlichen Wirkmechanismen ansetzen und deshalb für die politische Diskussion relevant sind.

Strukturierte Dialogformate ausbauen. Ein zentraler Vorschlag der Depolarisierungsforschung besteht darin, Begegnungen zwischen politisch Andersdenkenden nicht dem Zufall zu überlassen, sondern in moderierten und klar strukturierten Formaten zu organisieren. Studien zu Cross-Partisan-Dialogen und neuere Untersuchungen zu groß angelegten Praxisformaten sprechen dafür, dass solche Gespräche affektive Distanz verringern können, auch wenn die Effekte häufig begrenzt und nicht ohne Weiteres dauerhaft sind (Wojcieszak/Warner 2020; Levendusky/Stecula 2021; Fang/Heuser/Stötzer 2025). Ein prominentes Beispiel für diesen Ansatz ist die von ZEIT ONLINE initiierte Plattform *Deutschland spricht*, die den direkten Austausch zwischen ideologisch entfernten Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern organisiert.

Bürgerräte und deliberative Verfahren institutionell verankern. Ein weiterer Vorschlag stammt aus der de-

¹¹ Dies deckt sich mit aktuellen Daten aus dem Polarisierungsbarometer 2025 (Vorländer et al. 2025): Einkommen zeigt nur in einzelnen Themenfeldern (wie Migration) einen Zusammenhang mit affektiver Polarisierung, während sich insgesamt kaum systematische Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen finden. In einigen Fällen – etwa bei Wertekonflikten – weisen sogar höher Gebildete stärkere affektive Polarisierung auf als geringer Gebildete.

Abb. 1: Ansatzpunkte für die Praxis



Strukturierte Dialogformate

Ausbauen von Begegnungen zwischen politisch Andersdenkenden in moderierten und klar strukturierten Formaten



Bürgerräte und deliberative Verfahren

Stärkere institutionelle Einbindung von Bürgerräten und dialogischen Kommunikationsformen



Lokale Öffentlichkeiten und Infrastrukturen

Stärken von lokalen Öffentlichkeiten und gemeinschaftsnahen Infrastrukturen



Gemeinsame Identitäten und Bezugspunkte

Betonen von gemeinsamer Identitäten und geteilten demokratischen Bezugspunkten



Mediale Darstellungsformen reflektieren

Reflektieren von medialen Darstellungsformen und Begrenzen von polarisierungsverstärkenden Routinen

Quelle: eigene Darstellung

liberativen Demokratieforschung sowie aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, die für eine stärkere institutionelle Einbindung von Bürgerräten werben. Die Grundidee besteht darin, dialogische und respektfördernde Kommunikationsformen nicht nur punktuell, sondern institutionell abzusichern. Empirisch spricht einiges dafür, dass deliberative Verfahren unter geeigneten Bedingungen Respekt, Perspektivübernahme und argumentative Komplexität fördern können; zugleich hängt ihre depolarisierende Wirkung stark vom Design und von der politischen Anschlussfähigkeit ab (Fishkin et al. 2024; Caluwaerts et al. 2023).

Lokale Öffentlichkeiten und gemeinschaftsnahe Infrastrukturen stärken. Dieser Vorschlag wird in der Forschung vor allem mit lokalem und regional verankertem Journalismus verbunden. Die zugrunde liegende Annahme lautet, dass lokale Öffentlichkeiten stärker auf gemeinsame Alltagsprobleme und geteilte Lebensrealitäten bezogen sind und damit ideologische Lagerlogiken eher abschwächen können. Entsprechend weisen Studien zum Rückgang lokaler Zeitungen darauf hin, dass der Verlust lokaler Medienangebote mit stärkerer politischer Polarisierung einhergehen kann (Darr/Hitt/Dunaway 2018; Ellger et al. 2024). Daran knüpft eine aktuelle Analyse von Wellbrock, Künzler, Dogruel und Baeva (2025) an, die eine gezielte Förderung des Lokaljournalismus fordert. Ergänzend wird in der deutschen Debatte darauf hingewiesen, dass lokale Öffentlichkeit nicht nur medial, sondern auch sozialräumlich getragen wird. So haben auch Hans Vorländer und Wolfgang Schröder vorgeschlagen, Dorfgaststätten bzw. Kneipen wieder stärker als soziale Treffpunkte und Orte demokratischer Alltagsbegegnung zu verstehen (vgl. Pergande 2016; Schröder, zitiert nach Lohr 2026).

Gemeinsame Identitäten und geteilte demokratische Bezugspunkte stärker betonen. Dieser Vorschlag knüpft an sozialpsychologische Arbeiten zur Aktivierung gemein-

samer politischer Zugehörigkeiten an. Die Grundidee ist, politische Gegnerschaft nicht zu leugnen, aber sie in einen übergeordneten gemeinsamen Bezugsrahmen einzubetten, etwa gemeinsame demokratische Regeln, lokale Zugehörigkeiten oder geteilte institutionelle Loyalitäten (Gaertner/Dovidio 2000; Levendusky 2018; Rogoza et al. 2025). Konkret relevant ist dies auch für Schulen, die nicht nur Orte politischer Bildung, sondern auch institutionelle Erfahrungsräume gemeinsamer Zugehörigkeit sind: Wo Schülerinnen und Schüler lernen, Konflikte unter gemeinsamen Regeln auszutragen, Unterschiede auszuhalten und sich dennoch als Teil desselben demokratischen Gemeinwesens zu verstehen, können Voraussetzungen für geringere affektive Polarisierung entstehen.

Mediale Darstellungsformen reflektieren und polarisierungsverstärkende Routinen begrenzen. Ein weiterer, in der Kommunikationswissenschaft diskutierter Vorschlag zielt auf die Form politischer Berichterstattung. Im Vordergrund steht hier nicht die Forderung nach weniger Konflikt, sondern nach reflektierteren Formen der Konflikt Darstellung. Verweisen kann man unter anderem auf Arbeiten von Kubin und von Sikorski: bereits kleine Veränderungen in der Darstellung gesellschaftlicher Spaltung können die Wahrnehmung von Polarisierung beeinflussen (Kubin/von Sikorski 2024). Daran schließen Überlegungen an, die für konstruktivere, weniger eskalative und stärker an gemeinsamen Problemlagen orientierte Formen politischer Berichterstattung plädieren.

6. NACHBEMERKUNG: DEPOLARISIERUNG ALS MITTEL, NICHT SELBSTZWECK

Die vorliegende Studie geht von der verbreiteten Annahme aus, dass affektive Polarisierung demokratische Gesellschaften belastet und daher grundsätzlich ver-

ringert werden sollte. Diese Annahme ist empirisch gut begründet. Gleichwohl hängt die normative Bewertung entscheidend davon ab, *welche* Form von Polarisierung vorliegt und worauf emotionale Abwertung und Distanzierung zielen (Rostbøll 2025). Entsprechend wird in der Forschung zwischen Formen demokratisch produktiver Konfliktschärfe und einer *pernicious polarization* unterschieden, bei der sich Politik und Gesellschaft in dauerhaft antagonistische Lager spalten (McCoy/Somer 2019; Rostbøll 2025).¹²

Für die Einordnung affektiver Polarisierung ist zudem eine zweite Unterscheidung hilfreich, nämlich zwischen partei-/akteursbezogener und themenbezogener affektiver Polarisierung (die sich in der Praxis teilweise überlagern können). Die Unterscheidung dient zwei Zwecken: Sie markiert erstens, wann Depolarisierung demokratietheoretisch besonders wichtig ist und wann (emotionale und moralische) Abgrenzung legitim sein kann; und sie hilft zweitens, Depolarisierungsstrategien zielgenauer auszuwählen.

Partei-/akteursbezogen: Affektive Polarisierung richtet sich gegen Parteien, Bewegungen oder deren Anhängerschaft als solche. Wenn politische Akteure demokratische Grundprinzipien systematisch infrage stellen, Minderheitenrechte relativieren oder rechtsstaatliche Regeln untergraben, kann emotionale Distanzierung Ausdruck legitimer normativer Grenzziehung sein. Demokratien sind nicht verpflichtet, gegenüber allen Akteuren dialogbereit zu sein; demokratische Kooperation setzt die Anerkennung grundlegender Freiheits- und Gleichheitsrechte voraus. Wo diese Voraussetzungen bestritten werden, ist Abgrenzung nicht nur zulässig, sondern kann geboten sein.

Themenbezogen: Affektive Polarisierung entsteht, wenn Sachkonflikte (z.B. Migration, Klima, Umverteilung, Sicherheit) emotional aufgeladen und mit sozialen Feindbildern verknüpft werden. In solchen Fällen richtet sich affektive Ablehnung häufig nicht primär gegen antidemokratische Akteure, sondern gegen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit abweichenden Präferenzen oder Risikoeinschätzungen. Wo Konflikte zwischen Positionen ausgetragen werden, die innerhalb demokratischer Grundprinzipien legitim vertreten werden, unterminiert affektive Polarisierung die Fähigkeit, Streit argumentativ zu führen und Kompromisse zu finden; hier sind dialogische, mediale und institutionelle Depolarisierungsstrategien demokratietheoretisch besonders gut begründet.

Allerdings darf Depolarisierung nicht als Anspruch an Betroffene missverstanden werden, gegenüber abwerten-

den oder diskriminierenden Positionen dialogbereit zu sein. Gerade bei benachteiligten Gruppen kann eine Harmonie- oder Kontaktlogik unbeabsichtigte Nebenwirkungen haben (u.a. weniger kollektives Handeln und geringere Unterstützung für reparative Maßnahmen) (Saguy et al. 2009; Reimer/Sengupta 2023; vgl. auch Cocco et al. 2024 und Blair et al. 2025).

Diese Differenzierungen vermeiden ein verbreitetes Missverständnis: Depolarisierung bedeutet weder Konfliktvermeidung noch moralische Neutralität gegenüber Extremismus. Sie zielt darauf, politische Auseinandersetzungen dort zu entemotionalisieren, wo sie innerhalb demokratischer Regeln bearbeitbar sind – ohne notwendige normative Grenzziehungen aufzugeben. In diesem Sinne ist die Reduktion affektiver Polarisierung kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Stärkung einer streitbaren, pluralistischen und rechtsstaatlich gebundenen Demokratie.

¹² Neuere Studien zeigen, dass die befürchteten Konsequenzen affektiver Polarisierung differenziert zu betrachten sind. Berntzen, Kelsall und Hartevelde (2024) weisen nach, dass affektive Polarisierung zwar mit Vermeidungsverhalten und Intoleranz zusammenhängt, der Zusammenhang mit Gewaltbefürwortung aber schwach ausfällt. Personen mit sog. *dark personality traits* (z. B. Narzissmus) können sogar vergleichsweise wohlwollende Einstellungen gegenüber allen politischen Parteien aufweisen (also gerade nicht affektiv polarisiert sein) und dennoch eine höhere Gewaltbereitschaft zeigen, die eher instrumentell als emotional motiviert ist.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alam, Raihan / Gill, Michael J.* 2024: Partisan Animosity Through the Lens of Blame: Partisan Animosity Can Be Reduced by a Historicist Thinking Intervention. In: PLOS ONE, 19(1). Verfügbar unter: <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0295513> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Allport, Gordon W.* 1954: The Nature of Prejudice. Addison-Wesley Publishing Company, Reading, MA.
- Angeli, Oliviero* 2018: Migration und Demokratie. Ein Spannungsverhältnis. Reclam, Stuttgart.
- Angeli, Oliviero / Otteni, Cyrill* 2021: Der Zusammenhang zwischen Migration und Rechtspopulismus: Drei Erklärungsansätze. In: Migration und Soziale Arbeit, 2021(2), S. 131–138.
- Bail, Christopher A. / Argyle, Lisa P. / Brown, Taylor W. / Bumpus, John P. / Chen, Haohan / Hunzaker, M. B. Fallin / Lee, Jaemin / Mann, Marcus / Merhout, Friedolin / Volfovsky, Alexander* 2018: Exposure to Opposing Views on Social Media Can Increase Political Polarization. In: Proceedings of the National Academy of Sciences, 115(37), S. 9216–9221.
- Berntzen, Lars Erik / Kelsall, Haylee / Hartevelde, Eelco* 2024: Consequences of Affective Polarization: Avoidance, Intolerance and Support for Violence in the United Kingdom and Norway. In: European Journal of Political Research, 63(4), S. 927–949.
- Blair, Robert / Gottlieb, Jessica / Schenk, Marie / Woods, Christopher* 2025: Depolarization and Its Discontents: Experimental Evidence on Affective Polarization and Willingness to Confront Racism and Misinformation from Two Online Workshops. In: Political Psychology (Advance online publication).
- Blattner, Adrian / Koenen, Martin* 2023: Does Contact Reduce Affective Polarization? Field Evidence from Germany. Working Paper SSRN. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=4507317> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Bruneau, Emile G. / Saxe, Rebecca* 2012: The Power of Being Heard: The Benefits of Perspective-Giving in the Context of Intergroup Conflict. In: Journal of Experimental Social Psychology 48, S. 855–866.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)* 2015: Abschlussbericht der gemeinsamen Evaluation des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFDG) [online]. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93202/de7b1c8ea1a882cf01107cb56bab4aa9/abschlussbericht-gesetz-ueber-den-bundesfreiwilligendienst-und-jugendfreiwilligendiensten-data.pdf> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Caluwaerts, Didier / Bernaerts, Kamil / Kesberg, Rebekka / Smets, Lien / Spruyt, Bram* 2023: Deliberation and Polarization: A Multi-Disciplinary Review. In: Frontiers in Political Science, 5, S. 1–13.
- Cocco, Valeria M. / Vezzali, Loris / Di Bernardo, Gian Antonio / Dovidio, John F.* 2024: Mobilizing or Sedative Effects? A Narrative Review of the Association Between Intergroup Contact and Collective Action Among Advantaged and Disadvantaged Groups. In: Personality and Social Psychology Review, 28(2), S. 176–203.
- Combs, Aidan / Tierney, Graham / Guay, Brian / Merhout, Friedolin / Bail, Christopher A. / Hillygus, D. Sunshine / Volfovsky, Alexander* 2023: Reducing Political Polarization in the United States with a Mobile Chat Platform. In: Nature Human Behaviour, 7(9), S. 1454–1461.
- Dametto, Diego / Hechler, Stefanie / von Scheve, Christian* 2026: Emotionally Aligned and Structurally Sorted: How Opinion Groups Divide on Climate and Asylum. In: PNAS Nexus, 5(3), Art. pgag051.
- Darmofal, David / Finocchiaro, Charles J. / Indridason, Indridi H.* 2025: Roll-call voting under random seating assignment. In: Political Science Research and Methods, 13(1), S. 76–95.
- Darr, Joshua P. / Hitt, Matthew P. / Dunaway, Johanna L.* 2018: Newspaper Closures Polarize Voting Behavior. In: Journal of Communication, 68(6), S. 1007–1028.
- de Jong, Jona F.* 2024: Cross-Partisan Discussions Reduced Political Polarization Between UK Voters, but Less so When They Disagreed. In: Communications Psychology, 2(5), S. 1–12.
- Dryzek, John S. / Bächtiger, André / Chambers, Simone / Cohen, Joshua, Druckman, James N. / Felicetti, Andrea / Fishkin, James S. / Farrell, David M. / Fung, Archon / Gutmann, Amy / Landemore, Hélène / Mansbridge, Jane / Marien, Sofie / Neblo, Michael A. / Niemeyer, Simon / Setälä, Maija / Slothuus, Rune / Suiter, Jane / Thompson, Dennis / Warren, Mark E.* 2019: The Crisis of Democracy and the Science of Deliberation: Citizens Can Avoid Polarization and Make Sound Decisions. In: Science, 363(6432), S. 1144–1146.
- Druckman, James N. / Peterson, Erik / Slothuus, Rune* 2013: How Elite Partisan Polarization Affects Public Opinion Formation. In: American Political Science Review, 107(1), S. 57–79.
- Ellger, Fabio / Hilbig, Hanno / Riaz, Sascha / Tillmann, Philipp* 2024: Local Newspaper Decline and Political Polarization: – Evidence from a Multi-Party Setting. British Journal of Political Science, 54(4), S. 1256–1275.

- Fang, Ximeng / Heuser, Sven / Stötzer, Lasse S.* 2025: How In-Person Conversations Shape Political Polarization: Quasi-Experimental Evidence from a Nationwide Initiative. In: *Journal of Public Economics*, 242. Verfügbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0047272725000076> (letzter Zugriff: 10.03.2026).
- Fischer, Sean / Lee, Amber / Lelkes, Yphtach* 2021: Electoral Systems and Political Attitudes: Experimental Evidence. Verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3803603> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Fishkin, James S.* 2018: *Democracy When the People Are Thinking: Revitalizing Our Politics Through Public Deliberation*. Oxford University Press, Oxford.
- Fishkin, James S. / Siu, Alice / Diamond, Larry / Bradburn, Norman* 2021: Is Deliberation an Antidote to Extreme Partisan Polarization? Reflections on "America in One Room". In: *American Political Science Review*, 115(4), S. 1464-1481.
- Fishkin, James / Bolotnyy, Valentin / Lerner, Joshua / Siu, Alice / Bradburn, Norman* 2024: Can Deliberation Have Lasting Effects? In: *American Political Science Review*, 118, S. 2000–2020.
- Gaertner, Samuel L. / Dovidio, John F.* 2000: *Reducing Intergroup Bias: The Common Ingroup Identity Model*. Psychology Press, Philadelphia, PA.
- Gagliardi, Pietro / Pérez-Raynaud, Ollin / Robinson, Alexandra* 2024: Promoting Youth Volunteering and Civic Service Engagement: A Stocktake of National Programmes Across OECD Countries, OECD Working Papers on Public Governance 77, OECD Publishing, Paris. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/39659e6a-en> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Gensicke, Thomas / Geiss, Sabine* 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Verfügbar unter: <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/93170/73111cb56e58a95dacc6fccf7f8c01dd/3-freiwilligensurvey-hauptbericht-data.pdf> (letzter Zugriff: 18.12.2025).
- Gidron, Noam / Adams, James / Horne, Will.* 2020: *American Affective Polarization in Comparative Perspective*. Cambridge University Press, Cambridge (UK).
- Gidron, Noam / Adams, James / Horne, Will* 2023: Who Dislikes Whom? Affective Polarization between Pairs of Parties in Western Democracies, *British Journal of Political Science*, 53(3), S. 997–1015.
- Gill, Michael J. / Alam, Raihan / Nagelhout, Claire* 2023: Tweeting Others with Respect: Historicist Thinking Can Reduce Blame and Hostile Retaliation to Nasty Communications from Partisan Opponents. In: *Social Psychological and Personality Science*, 14(3), S. 286–294.
- Gillissen, Matthijs / Rooduijn, Matthijs / Schumacher, Gijs* 2025: Empathic Concern and Perspective-Taking Have Opposite Effects on Affective Polarization. In: *Journal of Experimental Political Science*, 12(2), S. 218–236.
- Grönlund, Kimmo / Herne, Kaisa / Setälä, Maija* 2015: Does Enclave Deliberation Polarize Opinions? In: *Political Behavior*, 37, S. 995–1020.
- Guess, Andrew M. / Malhotra, Neil / Pan, Jennifer / Barberá, Pablo / Allcott, Hunt / Brown, Taylor / Crespo-Tenorio, Adriana / Dimmery, Drew / Freelon, Deen / Gentzkow, Matthew / González-Bailón, Sandra / Kennedy, Edward / Kim, Young Mie / Lazer, David / Moehler, Devra / Nyhan, Brendan / Velasco Rivera, Carlos / Settle, Jaime / Thomas, Daniel Robert / Thorson, Emily / Tromble, Rebekah / Wilkins, Arjun / Wojcieszak, Magdalena / Xiong, Beixian / Kiewiet de Jonge, Chad / Franco, Annie / Mason, Winter / Stroud, Natalie Jomini / Tucker, Joshua A.* 2023: How do social media feed algorithms affect attitudes and behavior in an election campaign? In: *Science*, 381(6656), S. 398–404.
- Habermas, Jürgen* 1987: *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine politische Schriften*, Frankfurt am Main.
- Hartman, Rachel / Blakey, Will / Womick, Jake / Bail, Chris / Finkel, Eli J. / Han, Hahrie / Sarrouf, John / Schroeder, Juliana / Sheeran, Paschal / Bavel, Jay J. / Willer, Robb / Gray, Kurt* 2022: Interventions to Reduce Partisan Animosity. *Nature Human Behaviour*, 6(9), S. 1194-1205.
- Haselmayer, Martin / Jenny, Marcelo* 2018: Friendly fire? Negative campaigning among coalition partners. In: *Research & Politics*, 5(3).
- Hobolt, Sara B. / Lawall, Katharina / Tilley, James* 2024: The Polarizing Effects of Partisan Echo Chambers. In: *American Political Science Review*, 118(3), S. 1464–1479.
- Holliday, Derek E. / Lelkes, Yphtach / Westwood, Sean J.* 2025: Why depolarization is hard: Evaluating attempts to decrease partisan animosity in America. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 122(39), e2508827122.

- Horne, Will / Adams, James / Gidron, Noam 2023: The Way We Were: How Histories of Co-Governance Alleviate Partisan Hostility. In: *Comparative Political Studies*, 56(3), S. 299–325.
- Huddy, Leonie / Yair, Omer 2021: Reducing Affective Polarization: Warm Group Relations or Policy Compromise? In: *Political Psychology*, 42(2), S. 291–309.
- Iyengar, Shanto / Sood, Gaurav / Lelkes, Yphtach 2012: Affect, Not Ideology: A Social Identity Perspective on Polarization. In: *Public Opinion Quarterly*, 76(3), S. 405–431.
- Iyengar, Shanto / Krupenkin, Masha 2018: The Strengthening of Partisan Affect. In: *Political Psychology*, 39(S1), S. 201–218.
- Kalla, Joshua L. / Broockman, David E. 2020: Reducing Exclusionary Attitudes through Interpersonal Conversation: Evidence from Three Field Experiments. In: *American Political Science Review*, 114(2), S. 410–425.
- Krebs, Ronald R. 2004: A School for the Nation? How Military Service Does Not Build Nations, and How It Might. In: *International Security*, 28(4), S. 85–124.
- Kubin, Emily / von Sikorski, Christian 2021: The Role of (Social) Media in Political Polarization: A Systematic Review. In: *Annals of the International Communication Association*, 45(3), S. 188–206.
- Kubin, Emily / von Sikorski, Christian 2024: The Polarizing Content Warning: How the Media Can Reduce Affective Polarization. In: *Human Communication Research*, 50(3), S. 404–418.
- Kubin, Emily / Versteegen, Peter L. / Gray, Kurt 2025: Perceiving Opponents as Self-Disclosing Bridges Partisan Divides. In: *Journal of Social and Personal Relationships*, 42(11), S. 3316–3343.
- Kuipers, Nicholas 2023: Failing the Test: The Countervailing Attitudinal Effects of Civil Service Examinations. In: *American Political Science Review*, 117(3), S. 891–908.
- Levendusky, Matthew S. 2018: Americans, Not Partisans: Can Priming American National Identity Reduce Affective Polarization? In: *The Journal of Politics*, 80(1), S. 59–70.
- Levendusky, Matthew S. / Stecula, Dominik A. 2021: We Need to Talk: How Cross-Party Dialogue Reduces Affective Polarization. Cambridge University Press, New York, NY.
- Levendusky, Matthew S. / Malhotra Neil 2016: Does Media Coverage of Partisan Polarization Affect Political Attitudes? In: *Political Communication*, 33(2), S. 283–301.
- Levy, Ro'ee 2021: Social Media, News Consumption, and Polarization: Evidence from a Field Experiment. In: *American Economic Review*, 111(3), S. 831–870.
- Lijphart, Arend 2012: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. 2. Aufl. Yale University Press, New Haven.
- Liu, Naijia / Hu, Xinlan E. / Savas, Yasemin / Baum, Matthew A. / Berinsky, Adam J. / Chaney, Allison J. B. / Lucas, Christopher / Mariman, Rei / de Benedictis-Kessner, Justin / Guess, Andrew M. / Knox, Dean / Stewart, Brandon M. 2025: Short-Term Exposure to Filter-Bubble Recommendation Systems Has Limited Polarization Effects: Naturalistic Experiments on YouTube. *Proceedings of the National Academy of Sciences*. U.S.A. 122 (8), Verfügbar unter: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2318127122> (letzter Zugriff: 08.01.2026).
- Lohr, Matthias 2026: Mehr Kneipen für die Demokratie? Politik-Professor fordert Bundesprogramm für 10.000 Gaststätten. In: *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)*, 05.01.2026. Verfügbar unter: <https://www.hna.de/kassel/kassel-demokratie-kneipen-bundesprogramm-professor-wolfgang-schroeder-gaststaetten-94108241.html> (letzter Zugriff: 10.03.2026).
- Lowe, Matt / Jo, Donghee 2025: Legislature Integration and Bipartisanship: A Natural Experiment in Iceland. In: *The Journal of Politics*, 87(4): S. 1515–1532.
- Ludwig, Katharina / Grote, Alexander / Iana, Andreea / Alam, Mehwish / Paulheim, Heiko / Sack, Harald / Weinhardt, Christof / Müller, Philipp 2023: Divided by the Algorithm? The (Limited) Effects of Content- and Sentiment-Based News Recommendation on Affective, Ideological, and Perceived Polarization. In: *Social Science Computer Review*, 41(6), S. 2188–2210.
- Ludwig, Katharina / Müller, Philipp / Nikolajevic, Nevena / Grote, Alexander 2025: Putting 'filter bubble' effects to the test. In: *Information, Communication & Society*, 28(13), S. 2321–2340.
- Ludwig, Katharina / Müller, Philipp 2022: Does Social Media Use Promote Political Mass Polarization? A Structured Literature Review. In: Krämer, Benjamin / Müller, Philipp (Hrsg.): *Questions of Communicative Change and Continuity: in Memory of Wolfram Peiser*, S. 118–166. Nomos, Baden-Baden.
- Matias, Nathan J. 2019: Preventing Harassment and Increasing Group Participation Through Social Norms in Online Communities. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 116 (20), S. 9785–9789.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Gülzau, Fabian 2020: Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. In: *Berliner Journal für Soziologie*, 30: S. 317–346.

- McCall Rosenbluth, Frances / Shapiro, Ian 2018: Responsible Parties: Saving Democracy from Itself. Cambridge: Cambridge University Press.
- McCoy, Jennifer / Rahman, Tahmina / Somer, Murat 2018: Polarization and the Global Crisis of Democracy: Common Patterns, Dynamics, and Pernicious Consequences. In: American Behavioral Scientist, 62(1), S. 16–42.
- McCoy, Jennifer / Somer, Murat 2019: Toward a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracies: Comparative Evidence and Possible Remedies. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 681(1), S. 234–271.
- Miller, Bernhard / Stecker, Christian 2008: Consensus by Default? Interaction of Government and Opposition parties in the committees of the German Bundestag. German Politics, 17(3). S. 305–322.
- Moore-Berg, Samantha L. / Ankori-Karlinsky, Lee-Or / Hameiri, Boaz / Bruneau, Emile 2020: Exaggerated Meta-Perceptions Predict Intergroup Hostility Between American Political Partisans. In: Proceedings of the National Academy of Sciences, 117 (26), S. 14864–14872.
- Moskowitz, Daniel J. 2021: Local News, Information, and the Nationalization of U.S. Elections. In: American Political Science Review, 115(1), S. 114–129.
- Nyhan, Brendan / Porter, Ethan / Reifler, Jason / Wood, Thomas J. 2020: Taking Fact-Checks Literally but Not Seriously? The Effects of Journalistic Fact-Checking on Factual Beliefs and Candidate Favorability. In: Political Behavior 42 (3), S. 939–960.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2020: Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave. Paris: OECD Publishing. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1787/339306da-en> (letzter Zugriff: 08.03.2026).
- Pergande, Frank 2016: Kommentar: Deutschland braucht wieder Stammtische. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.10.2016. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-deutschland-braucht-wieder-stammtische-14503747.html> (letzter Zugriff: 10.03.2026).
- Pettigrew, Thomas E. / Tropp, Linda R. 2006: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. In: Journal of Personality and Social Psychology, 90, S. 751–783.
- Piccardi, Tiziano / Saveski, Martin / Jia, Chenyan / Hancock, Jeffrey / Tsai, Jeanne L. / Bernstein, Michael S. 2025: Reranking Partisan Animosity in Algorithmic Social Media Feeds Alters Affective Polarization. In: Science, 390(6776), Art. eadu5584.
- Reiljan, Andres / Garzia, Diego / Ferreira Da Silva, Federico / Trechsel, Alexander H. 2024: Patterns of Affective Polarization Toward Parties and Leaders across the Democratic World. In: American Political Science Review, 118(2), S. 654–670.
- Reimer, Nils K. / Sengupta, Nikhil K. 2023: Meta-Analysis of the “Ironie” Effects of Intergroup Contact. In: Journal of Personality and Social Psychology, 124(2), S. 362–380.
- Rogoza, Radostaw / Molenda, Zuzanna / Rogoza, Marta / Podsiadtowski, Wojciech / Adamczyk, Dominika / Szczesna, Michalina / Szczepanska, Dagmara / Marchlewska, Marta 2025: Enhancing National Identity Reduces Affective Polarization and Increases Political Tolerance. In: Social Psychology 56(3), S. 140–150.
- Rostbøll, Christian F. 2025: Polarization and the Democratic System: Kinds, Reasons, and Sites. In: Perspectives on Politics, 23(1), S. 76–92.
- Saguy, Tamar / Tausch, Nicole / Dovidio, John F. / Pratto, Felicia 2009: The Irony of Harmony: Intergroup Contact Can Produce False Expectations for Equality. In: Psychological Science, 20(1), S. 114–121.
- Santoro, Erik / Broockman, David E. 2022: The Promise and Pitfalls of Cross-Partisan Conversations for Reducing Affective Polarization: Evidence from Randomized Experiments. In: Science Advances, 8(25). Verfügbar unter: <https://www.science.org/doi/10.1126/sciadv.abn5515> (letzter Zugriff: 10.03.2026).
- Sartori Giovanni 1976: Parties and Party Systems: A Framework for Analysis. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schachter, Stanley 1951: Deviation, Rejection, and Communication. In: The Journal of Abnormal and Social Psychology, 46(2), S. 190–207.
- Schkade, David / Sunstein, Cass R. / Hastie, Reid 2010: When Deliberation Produces Extremism. In: Critical Review, 22(2–3), S. 227–252.
- Simas, Elizabeth N. / Clifford, Scott / Kirkland, Justin H. 2020: How Empathic Concern Fuels Political Polarization. In: American Political Science Review, 114(1), S. 258–269.
- Sternberger, Dolf 1979: Verfassungspatriotismus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.1979. Abgedruckt in: Günther, Behrmann/Siegfried, Schiele, 1993: Verfassungs-patriotismus als Ziel politischer Bildung, Schwalbach/Ts.
- Suiter, Jane / Farrell, David M. / Harris, Clodagh / Murphy, Philip 2022: Measuring Epistemic Deliberation on Polarized Issues: The Case of Abortion Provision in Ireland. In: Political Studies Review, 20(4), S. 630–647.

Sunstein, Cass R. 2009: Going to Extremes: How Like Minds Unite and Divide. Oxford University Press.

Teichler, Nils / Gerlitz, Jean-Yves / Cornesse, Carina / Dilger, Clara / Groh-Samberg, Olaf / Lengfeld, Holger / Nissen, Eric / Reinecke, Jost / Skolarski, Stephan / Traunmüller, Richard / Verneuer-Emre, Lena 2023: Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.26092/elib/2517> (letzter Zugriff: 18.12.2025).

Vanagt, Jochem / Russo, Luana 2024: The economic divide that isn't: A comparative study on economic hardship and affective polarisation. In: Research & Politics, 11(4).

Van Bavel, Jay J. / Rathje, Steve / Harris, Emily / Robertson, Courtney / Sternisko, Adam 2021: How social media shapes polarization. In: Trends in Cognitive Sciences, 25(11), S. 913-916.

Voelkel, Jan G. / Chu, James / Stagnaro, Michael N. / Mernyk, Joseph S. / Redekopp, Chrystal / Pink, Sophia L. / Druckman, James N. / Rand, David G. / Willer, Robb 2023: Interventions Reducing Affective Polarization Do not Necessarily Improve Anti-Democratic Attitudes. In: Nature Human Behaviour, 7(1), S. 55-64.

Voelkel, Jan G. / Stagnaro, Michael N. / Chu, James Y. / Pink, Sophia L. / Mernyk, Joseph S. / Redekopp, Chrystal / et al. 2024: Megastudy testing 25 treatments to reduce antidemocratic attitudes and partisan animosity. In: Science, 386(6719), eadh4764.

Vorländer, Hans 2007: Verfassungspatriotismus als Modell. Der Rechts- und Verfassungsstaat im Ordnungsdiskurs der Bundesrepublik Deutschland. In: Hertfelder, Thomas / Rödder, Andreas (Hrsg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?, Göttingen 2007, S. 111 - 120.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Hormig, Felix / Otten, Cyrill 2025: Politische Polarisierung in Deutschland 2025. Polarisierungsbarometer. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.

Weiss, Chagai M. 2022: Compulsory Military Service Reduces Affective Polarization: Evidence from Conscription Reforms in Europe. Conflict and Polarization Lab, Stanford King Center on Global Development. Verfügbar unter: https://www.chagaiweiss.com/papers/inprogress/weiss_conscription.pdf (letzter Zugriff: 11.03.2026).

Wellbrock, Christian-Mathias / Künzler, Matthias / Dogruel, Leyla / Baeva, Gergana 2025: Demokratie beginnt im Lokalen: Zeit für eine neue Medienförderung. Studie. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin (Böll Schriften Demokratie). Verfügbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2025-09/e-paper_demokratie-beginnt-im-lokalen_zeit-fuer-neue-medienfoerderung_0.pdf (letzter Zugriff: 11.03.2026).

Wojcieszak, Magdalena / de Leeuw, Sjifra / Menchen-Trevino, Erica / Lee, Seungsu / Huang-Isherwood, Ke M. / Weeks, Brian 2023: No Polarization from Partisan News: Over-Time Evidence From Trace Data. In: The International Journal of Press/Politics 28(3), S. 601-626.

Wojcieszak, Magdalena / Warner, Benjamin R. 2020: Can Interparty Contact Reduce Affective Polarization? A Systematic Test of Different Forms of Intergroup Contact. In: Political Communication, 37, S. 1-23.

You, Zi Ting / Lee, Spike W. S. 2024: Explanations Of and Interventions Against Affective Polarization Cannot Afford to Ignore the Power of Ingroup Norm Perception. In: PNAS Nexus, 3(10), S. 286-294.

AUTOR

DR. OLIVIERO ANGELI

Oliviero Angeli ist wissenschaftlicher Koordinator des Mercator Forums für Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören insbesondere Fragen der Demokratie- und Migrationsforschung sowie der modernen politischen Theorie.

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Gesellschaftliche und politische Polarisierungsprozesse
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2570-1770

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2026

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

